

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag: Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Pragerstr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 2

Berlin, den 10. Januar 1931

6. Jahrgang

Rettet die Wirtschaft vor den Kapitalisten!

Mit kühnen, falschen Behauptungen begründen das maßgebende Unternehmertum und die Brüning-Regierung ihre folgenschwere Wirtschaftspolitik. Man sagt: Der deutschen Wirtschaft ermangelt ausreichendes Kapital; zur Kapitalbildung ist der Abbau der Löhne, Gehälter und Sozialleistungen der gesündeste Weg! — Weiter lehrt diese kapitalistische These: Marxistische Politik hat diesen Teil der Verteilungskosten übermäßig hoch getrieben. Daher der Krise furchtbare Wucht! Darum: Ans Kreuz mit den Gewerkschaften!

Man kennt die Weise, kennt den Teufel und — hört nun schon manchen Jammer, der von den Klattenfängermetoden sich hätte betören lassen. Bis tief in kapitalistische Kreise hinein gewinnt die Ueberzeugung vorherrschend, daß Krisen doch zum Wesensbestandteil der kapitalistischen Wirtschaft gehören und die Schwere der derzeitigen Krise in Deutschland erheblich durch Fehler der „Wirtschaftsführer“ mitverantwortlich ist. Gerade jene Kreise, die sich als berufene Lenker aller Dinge aufspielen, lieben, haben durch bewußte, politischen Motiven entnommene Maßnahmen die wirtschaftliche Depression in Deutschland weit über das in den weltwirtschaftlichen Verhältnissen bedingte Maß hinausgetrieben. Mit Befremden, die solche Konsequenzen einschließen, sind schon verschiedene anerkannte Sachkenner an die Öffentlichkeit getreten. So kürzlich Professor Bonn, der Präsident der Oesterreichischen Notenbank, Reich, und andere bearbeiteten, daß nicht Geldmangel der Weltwirtschaft außergewöhnliche Zerrüttung Ursache sei, und nicht Kapitalmangel das Ausmaß der Krise in Deutschland verurteile. Die Verursachung auf angeblichen Kapitalmangel entspringt entweder einem blamablen Irrtum, oder sie gehört zu den politischen Zwedmitteln, mit denen der deutschen Wirtschaft von der Seite der kapitalistischen Schwergewichtler Vorbeugung, Granaten und Giftbomben verfehrt worden sind. Krümmer, Lote, Verwundete und Hungernde zeichnen das Schlachtfeld.

Da ist zunächst die Kreditperre, mit Herrn Schacht als Maschinist des Schwertkapitals am Sperrgatter. Was steht hinter dieser Aktion? Das Kapital wollte durch organisierte Finanzschwermächte die Regierung in die Fänge nehmen, für seine Forderungen gefällig machen, und die ihm schmachhaft erscheinenden öffentlichen Betriebe billig erkaufen. Die Abschirmung vom Anleihemarkt sollte sie an den Bankrott herantreiben, vor dem das Privatkapital sie durch Uebernahme — ohne große Kosten „rettete“. Diese Praxis blieb ja auch nicht erfolglos. Öffentliche Körperschaften, als Eigner wirtschaftlicher Unternehmen, wurden in finanzielle Bedrängnis gebracht, zu Tarifserhöhungen und Nationalisierungen gezwungen. Dann folgten gute Freunde dafür, daß nicht etwa die Herren Schieber im Hintergrund, sondern „marxistische“ Korruption und Unfähigkeit der öffentlichen Verwaltung als Verantwortliche angeprangert wurden. Die Anleiheperre hielt naturgemäß den Rinsfuß für erreichbares Leihgeld auf Scheitelhöhe, drohte zahlreiche Unternehmen, besonders die Baugewerbe wurden so ein Hauptfaktor der rapide anwachsenden Arbeitslosigkeit. Der toten Hand war die Vereinnahmung von Auslandsanleihen kaum beschränkt. Der Schwerindustrie stand es als Anleihe oder Beteiligung so reichlich zur Verfügung, daß man Milliarden wieder ins Ausland abstoßen konnte. Dabei verstanden es Schwerindustrie, Großhandels-, Schiffahrt und Banken, durch tiefe Griffe in die Reichsfinanzen, in den letzten Jahren Milliarden von öffentlichen Geldern in ihre Kassen abströmen zu lassen.

Diesen Befähigungsnachweisen genialer Wirtschaftsführung stehen andere würdig an der Seite. Man rationalisierte, schuf einen neuen erweiterten Produktionsapparat, ließ ihn zu einem erheblichen Teil brach liegen und — bezimierte die Belegschaften. Nach Reichstellungen des Enquete-Ausschusses, zeugen nun 30 bis 50 Proz. des betriebslosen Produktionsapparates, circa 4.000.000 Arbeitslose von Glanzleistungen übertragender Wirtschaftsführung. Millionen, einschließlich Reichsgeldes, die für Sozialleistungen fehlen und damit im Kreislauf: Verbrauch—Produktion, sind für unproduktive Anlagen verpulvert worden, die aber dauernd als Zinsenschlucker die verfeinerte Produktion belasten. Zu diesem Mißstand die Tatsache, daß die Bankrotter für die Reklamationen auch mitverantwortlich, der deutschen Wirtschaft durch Steigerung der Zinsspanne um über 100 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit das Leben sauer machten und zahlreiche Konkurse, Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen erzwangen.

Die „Wirtschaftsführer“ beurteilen die Verhältnisse aus der Krämerversicht vom Vorkriegstypus aus: Kleiner Umsatz, hohe Preise, großer Nutzen! Rund um Deutschland weichen die Kreise für Rohstoffe, nachfolgend die für Fertigerzeugnisse in großen Sprüngen. Unsere Wirtschaftsgeneräle halten die Preise auf stolzer Höhe. Stabeisen A B kostete im November 1930: in Deutschland 137 RM, in Frankreich 82 RM, in Belgien 78 RM. Am Weltmarkt wurde deutsches Stabeisen gleiches mit 75 RM angeboten. Nach dem Enquetebericht lag der Preis für Stabeisen in Deutschland 1918 um 5,61 RM unter dem Satz in Antwerpen, im September 1930 dagegen um 51 RM höher. Das ist die größte erreichte Preissteigerung — zum Nachteil der gesamten deutschen Verarbeitungsindustrie; sie erlaubt die Preiselstärkung; Antwerpen der Preissteigerung und Preisverfallung! Handelsminister Lohmann in den Ver. Staaten berichtet, daß im Lande der Dollarfüchsen überhaupt fast keine Lohnsenkungen vorgenommen worden seien, obwohl hier die Zahl der Arbeitslosen circa 8 Millionen betrug und die Preise erheblich gesunken sind. Die Wirtschaftsmisere in Deutschland sind nicht so rückständig, in Erhaltung der Konjunktur des Großteils der Bevölkerung einen Aufstieg aus der Krise wirksam werden zu lassen. Sie präferieren eine andere Methode. Ihr gilt die Kaufkraft der Masse als neben-

sächlicher Faktor. Von ihrer überhöhen Worte aus wird das Auf und Ab der Konjunktur von der Kaufkraft der Produzenten bestimmt. Professor Dr. Julius Wolf, formuliert die These in der „Germania“ (Nr. 595, v. 23. 12. 30) also:

„Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die zunächst die Krise auslöst, indem sie die Produzenten infolge „ungerechtfertigter“ harten Sinkens der Preise ihrer Produkte launfräftig, ihre Betriebe unrentabel macht, wodurch dann auch die Produzenten der Gegenseite, bei der sie sonst gekauft hätten, launfräftig werden, läßt die Kaufkraft bei allgemeinem Sinken der Preise allmählich wieder zur vollen Höhe emporklimmen...“

Die „Germania“ ist das Zentralorgan der führenden Regierungspartei Zentrum. Die Krummer der Sozialreaktion begannen mit dem Abbau der Löhne, mit Konsumschwächung. Die Regierung als Geschäftsführer des Kapitals fuhr zur Durchführung des schwerindustriellen Programms das Schwergewicht des Diktaturparagrafen auf, zerschmetterte Lohn- und Gehaltsstarke, benutzte das Schlichtungswesen als Automat von Lohnsenkungen, kürzte die Sozialleistungen, verbot den Abbau der Lebenshaltungskosten und treibt mit erhöhten Zöllen und Verbrauchsabgaben die Preise wichtiger Lebensmittel in die Höhe.

Als Wirkung der Krisen- und Marxismusbekämpfung durch die „Wirtschaftsführer“ und Regierung, im Trost des Bürgerium und die Nazis, erlebten wir gesteigerte Kapitalflucht, neues aufsteigendes Reichsdefizit, weiteres Stilllegen

Reichsarbeitsminister verschlechtert die Notverordnung.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (2. W.D.), ist den §§ 63, Abs. 1, G.W., 133c, Abs. 2, G.D. und 616 G.W. folgende Vorschrift angefügt worden: Der Anspruch kann nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden.

Die Notwendigkeit der Ergänzung dieser Paragraphen ergab sich aus der Aenderung des § 189, Abs. 1, W.D. in Verbindung mit der Tatsache, daß diese Bestimmungen nach der bisherigen herrschenden Rechtsprechung und Ansicht der Rechtsprechung durch Tarifvertrag, Arbeitsordnung oder Einzelvertrag beschränkt oder auch völlig ausgeschlossen werden konnten.

Die Aenderung des § 189, Abs. 1, W.D. bestimmt u. a., daß der Anspruch auf Krankengeld so lange ruht, als der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Wäre nun die Ergänzung der drei Paragraphen nicht erfolgt, dann wäre es ohne weiteres möglich, die Erleichterungen, die diese Aenderung des § 189, Abs. 1, W.D. den Krankentassen bringen soll, illusorisch zu machen. Daher also machte die 2. W.D. die §§ 63, Abs. 1, G.W., 133c, Abs. 2, G.D. und 616 G.W. zu zwingendem Recht.

Diese Tatsache stellen wir gleich nach Veröffentlichung der 2. W.D. im „Proletarier“ und „Keramischen Bund“ Nr. 51, Seite 427 bzw. 421, fest und schlußfolgerten dann weiter, daß nunmehr alle tariflichen und sonstigen Bestimmungen, die den Gehalts- oder Lohnanspruch in den Fällen, die die oben genannten Paragraphen vorsehen, beschränken oder gar völlig beseitigen, gegen ein gesetzliches Verbot verstößen (§ 134 G.W.) und daher rechtswidrig sind.

Da diese Aenderungen der reichsgesetzlichen Vorschriften über Krankenfürsorge neben der Erleichterung für die Krankentassen zweifellos auch eine Verbesserung für die Arbeitnehmerschaft bedeuten, hat letztere alle Ursache, genau darauf zu achten, daß ihr diese nicht etwa durch spitzfindige Auslegungskünste streitig gemacht werden.

Den ersten Versuch hierzu unternahm der Reichsarbeitsminister (Vertreter christlicher Gewerkschaften) in seinem Rundschreiben vom 9. 12. 1930, Nr. 12 000/30. Hier bestimmt der Reichsarbeitsminister, daß die neue Vorschrift der 2. W.D. alle diejenigen Tarifverträge, Einzelverträge und Arbeitsordnungen nicht berührt, die vor dem 3. Dezember 1930 entstanden sind.

Wollte man dem Reichsarbeitsminister das Recht zugestehen, gesetzliche Bestimmungen durch Anordnungen nicht geltend zu machen, dann bedeutet das Rundschreiben nicht mehr und nicht weniger, als die teilweise Beseitigung des Kap. II Art. 8 der 2. W.D. Bekanntlich werden die erwähnten Paragraphen in der Regel durch Manteltarifverträge bzw. Arbeitsordnungen beschränkt oder ausgeschlossen.

Da die meisten Manteltarifverträge in absehbarer Zeit aber noch nicht ablaufen bzw. die Parteien die Möglichkeit haben, diese vor dem 3. Dezember 1930 zustandekommenden Verträge bis ultimo zu verlängern, könnte nach dem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers die Verbesserung, die der Art. 8 der 2. W.D. bringt, überhaupt nicht oder nur ganz selten wirksam werden.

Das bedeutet aber auch weiter eine Schädigung aller Arbeitnehmer, die einem solchen Tarifvertrag unterliegen.

Ein noch stärkeres Stief hat sich der Reichsminister des Innern, Dr. Wirth, geleistet. Durch eine im Reichsgerichtsblatt 1930, S. 1 608, veröffentlichte Verächtigung zur Notverordnung hat der Reichsinnenminister neben verschiedenen Druckfehlerkorrekturen auch die Aenderung des § 616 G.W. neu formuliert, und zwar dahingehend, daß sich die Unabdingbarkeit des Entgeltanspruchs nur auf die dem G.W. unterliegenden Angestellten — also nicht auf die Arbeiter bezieht.

Auch hier handelt es sich geradezu um eine Entrechtung der Handarbeiter.

von Betrieben und ein Hinabsinken der Arbeitslosenzahl, seit Juli d. J. um über 30 Proz. Was nun weiter? Die Dinge haben ihre eigene Logik. Die Balge der Lohnquetschung rollt. Keine Produzentengruppe will dabei zurückbleiben. Die Kaufkraft für Massenverbrauch wird weiter eingeschnürt, der Hochstand der Arbeitslosigkeit stabilisiert.

Von der Seite des Kapitals her ist keine freiwillige Abkehr von dem verderblichen Kurs zu erwarten. Sie kann nur von der Arbeiterschaft erzwungen werden. Sie muß bestimmt in die Verhältnisse eingreifen. Bricht sich solche Erkenntnis nun auch in den Kreisen der Gleichgültigen, Verärgerten und durch Nazidemagogie Verführten Bahn, dann kann das Steuer noch in letzter Stunde herumgeworfen werden.

In Amerika, dem Lande ausschweifenden Plutokratismus, gewinnt die Ueberzeugung Einfluß, daß ohne Sozialversicherung das kapitalistische System nicht zu halten sei. In Deutschland müssen die „Wirtschaftsführer“ erst noch wieder gezwungen werden, wirtschaftspolitische Gesichtspunkte gelten zu lassen, die von den Gewerkschaften vertreten werden.

Das Großkapital wollte den Staat zu seinem bedingungslosen Exekutor machen, die deutsche Arbeiterschaft zu willenlosen Geloten. Ihr Lebensinteresse gebietet, dem kapitalistischen Wollen den proletarischen Kampfwillen lauffroh entgegen zu stellen. Die Dinge haben sich soweit entwickelt, daß man der Arbeiterschaft zuzurufen kann:

Rettet die Wirtschaft vor den Kapitalisten!

Wir wissen nicht, ob und inwieweit die Arbeitgeber, für die das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers und die Verächtigung des Reichsministers des Innern zweifellos einen finanziellen Vorteil bringen, als Triebfeder in Betracht kommen. Auf alle Fälle sind wir aber der Meinung, daß beide Reichsminister nicht das Recht haben, diesen Teil der zweiten Notverordnung durch Rundschreiben oder Verachtigungen außer Kraft zu setzen oder ihnen eine solche für die Arbeiter ungünstige Auslegung zu geben.

Von dieser Rechtsauffassung kann uns auch die Begründung, die der Reichsarbeitsminister seinem Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmerschaft gibt, nicht abbringen. Der zwingende Charakter, den die Notverordnung dem § 616 G.W. gibt, ist so klar zum Ausdruck gebracht, daß es nicht möglich ist, ihm zu entnehmen, daß er sich nur auf Krankheitsfälle bezieht und nur für die Angestellten Anwendung findet. In der Notverordnung wird aber auch mit keinem Wort gesagt, daß die Aenderungen für einen Teil der Reichsangehörigen erst von einem späteren Tage an in Kraft treten.

Auf Grund dieser Feststellung sind alle Bestimmungen der Tarifverträge, Arbeitsordnungen und Einzelarbeitsverträge, soweit sie die genannten Paragraphen beschränken oder ausschließen oder sie sogar für einen Teil der Arbeitnehmer nicht gelten lassen wollen, rechtswidrig, ganz gleich, wann sie entstanden sind. Dasselbe ist auch der Verächtigung des Reichsministers des Innern entgegenzusetzen.

Unsere Kollegenschaft eruchen wir daher, sofort Klage anzufordern, wenn ihr im Falle des § 616 G.W. vom Arbeitgeber unter Bezugnahme auf das Rundschreiben bzw. die Druckfehlerberichtigung der Lohn nicht gezahlt wird.

Nach § 616 G.W. ist den Arbeitnehmern der Lohn weiter zu zahlen, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Dienstleistung verhindert sind.

Das gilt für alle Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) vom Inkrafttreten der zweiten Notverordnung ab.
Jos. M. Lewczek, Hannover.

Nationalsozialistische Gewerkschaftszerstörer.

Die Verzeugsstellung im deutschen Volk, die entstanden ist aus den freibewährten Zuständen der deutschen Wirtschaft, hat aus der Bedeutungslosigkeit der Dillier-Bewegung einen politischen Machtfaktor gemacht. Die Gewerkschaften konnten über diese Tatsache zur Tagesordnung übergehen, wenn die Nationalsozialisten es nicht als ihre Aufgabe betrachteten würden, die wirtschaftlichen Verfallsorgane der Arbeiter zu zerlegen. Die Führer der Nationalsozialisten wissen, daß die Gewerkschaften einen Machtfaktor darstellen, mit dem jede politische Partei in Deutschland rechnen muß. Der Zusammenbruch des Kampfabenteuers war die Tat des geschlossenen Auftretens der freien Gewerkschaften. Die Nationalsozialisten verfolgen die Taktik des Anschhörens, und man muß die Feststellung machen, daß sie ähnlich wie die kommunistischen Organisationsstrategen hierbei zu Werke gehen. Der „Völkische Beobachter“, das Leitorgan Hitlers, schimpft im kommunistischen Jargon auf die „Gewerkschaftszugänge“, und redet gleichzeitig den nationalsozialistischen Säuglingen zu, die Gewerkschaften zu zerlegen. Man muß die kapitalistischen Gesichter zufrieden stellen, und das kann man zweifellos am besten durch die Schwächung der Gewerkschaften.

Hitler selbst gesteht es ganz offen, daß sein Ziel die Zerstückelung der Gewerkschaften ist. In seinem Buch „Mein Kampf“ schreibt er: „Es gab also nur zwei andere Möglichkeiten: Entweder den eigenen Parteigenossen zu empfehlen, aus den Gewerkschaften herauszugehen, oder in den bisherigen zu



Ausperrung in der sächsischen Weichhohlglasindustrie.

Die ausgesprochenen Klindigungen der am Lohnstreik der Verbandsgruppe IV der deutschen Weichhohlglasindustrie beteiligten Arbeitnehmer liefen am 3. Januar ab. Inzwischen haben die Arbeitgeber in längeren Verhandlungen mit einer neuen Lohnskala unter Hinweis auf die besonders schwierigen Verhältnisse der sächsischen Weichhohlglasindustrie Aufforderungen an die Arbeitnehmer ergehen lassen, durch Unterzeichnung ihrer herausgegebenen Listen die einseitig diktierten Löhne anzuerkennen. Diese Anerkennung würde eine Verschlechterung der Löhne von 6 bis 15 Prozent durchschnittlich bedeuten, und es ist nicht anzunehmen, daß sich die Arbeiter dazu bereit erklären. Durch die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer kann es zur Ausperrung von 3000 bis 4000 Arbeitern im Freistaat Sachsen kommen. Bei dem brutalen Mittel der Ausperrung vergessen die Industriellen die schlechte Lage der sächsischen Weichhohlglasindustrie und fügen sich größeren

Schaden zu, als wenn sie dem Vorschlage der Gewerkschaften entsprechend, es beim status quo nach der bereits erfolgten dreiprozentigen Lohnföhrung belassen hätten, oder wenn sie dem Wunsche der Arbeitnehmerbeisitzer in den Schlichtungsverhandlungen vom 22. Dezember entsprochen hätten.

Man muß gespannt sein, was die Behörden bei einer Ausperrung von 3000 bis 4000 Glasarbeitern zur Erhaltung der Tarifverträge unternehmen werden.

Bei Redaktionschluss stand es so, daß die Kollegen in Habeburg, Brodowik und Burzdorf das einseitige Diktat der Firmenleitungen abgelehnt haben, und daß sie deswegen ausgesperrt worden sind.

Die vollste Solidarität der Deutschen wie der internationalen Glasarbeiter gilt unseren Kollegen in der Verbandsgruppe IV.

Jahreswende für die Flaschenglasarbeiter.

Die Jahreswende gibt im allgemeinen immer Veranlassung, seiner Wünsche nicht nur Glück und Gesundheit, sondern ihm auch eine bessere Zukunft zu wünschen. In einer besseren Zukunft sehen wir Hebung des kulturellen Niveaus der Bedienten und Unterdrückten im Produktionsprozeß. Die Flaschenglasindustriellen scheinen mit ihrer Tarifkündigung der Lohn- und Mantelverträge zwecks Durchführung von Verschlechterungen für eine bessere Zukunft ihrer Arbeiter nicht besorgt zu sein. Die an und für sich seit Jahren gedrückten Einkommensverhältnisse der Flaschenglasarbeiter sollen noch mehr verschlechtert werden. Die fleißige Arbeiterkraft in der Flaschenglasindustrie hat mit ihrer Händearbeit hauptsächlich es dahin gebracht, daß aus einer veralteten Kleinindustrie Konzernbetriebe mit den modernsten Einrichtungen entstanden sind, die auch heute in Zeiten der allgemeinen Weltwirtschaftskrise noch Gewähr für das Überleben einer angemessenen Rente für die Kapitalinvestierung bieten.

Seit Monaten war uns bereits bekannt, daß die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken Lohn- und Mantelverträge, dem Zuge der Zeit entsprechend, zur Durchführung von Verschlechterungen, aufkündigen wollte. Man hat es mit der Aufkündigung sogar sehr eilig gehabt, denn bereits am 30. Dezember 1930 ging der herkömmliche Einschreibebrief dem Keramischen Bund, Branche Glas, zu.

Es ist uns kein Geheimnis geblieben, daß die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken über den Ausgang der Tarifbewegung im Juli/August des vorigen Jahres untröstlich war. Man konnte absolut nicht verstehen, daß der beantragten Lohnherabsetzung seitens der Schlichtungskammer keine Zustimmung gegeben worden ist. Die Schlichtungskammer wird nach den Nachweisen der Arbeitnehmervertreter erkannt haben, daß Arbeiter, die bei schwerer Tätigkeit kaum jetzt Sicherungen für die Erziehung ihrer Familien haben keine Verschlechterung zugunsten werden kann. Seit dem Zeitpunkt der Lohnbewegung für die deutsche Flaschenindustrie registriert die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken jeden Schiedspruch mit Lohnverschlechterungen anderer Industriezweige, um genügend Material zur Begründung der eigenen Abwandsforderungen zu haben, da sich wirtschaftlich betrachtet, eine Lohnabwandsforderung von den Industriellen schwer begründen lassen dürfte. Bei Veranlassung von Material aus anderen Industrien werden hoffentlich die Flaschenindustriellen nicht vergessen, daß solches Material rein individuell zu behandeln ist, und daß es in letzter Zeit besonders stark beeinträchtigt erscheint von den jeweiligen Stimmungen der Schlichter zu einer Industriezweige. Man wird hoffentlich in objektiver Weise auch den Behörden die Gewinnrechnungen der Flaschenindustrie vom Jahre 1929 bis 1930 nicht vorenthalten, die trotz Weltkrise und auch bei andrer Abwärtsentwicklung im Inland nicht schlecht aussehen sollen. Für die Gewinne, die trotz Einschränkung der vorhandenen Produktionskapazitäten noch erzielt worden sind, wird man die Begründung haben, daß eine viel zu geringe Verzinsung der großen Kapitalinvestierungen vorliegt. Wo bleibt die Kapitalverzinsung der Arbeitskraft der Flaschenglasarbeiter?

Die Forderungen der Industriellen sind uns noch nicht bekanntgegeben worden. Schlecht man nach dem Umfang der Forderungen auf Abbau bei den einzelnen Lohnpositionen vom Jahre 1930, dann können wir uns gefast machen, daß wieder mehr als 15 Schreibmaschinenseiten Verschlechterungsanträge uns übermittelt werden. Wenn Manteltarifvertrag werden die Wünsche sich hauptsächlich wie in früheren Jahren auf den Paragraphen Ausfallentschädigung und Nebenleistungen des Arbeitgebers erstrecken.

Die Tarifkommission der deutschen Flaschenindustrie hat bereits Anfang Dezember zu dem Ablauf resp. zur Aufkündigung der Lohn- und Mantelverträge Stellung genommen. Entsprechende Anträge, die sich nach Lage der Industrie und des Arbeitsmarktes durchaus begründen lassen, werden der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken zur Neuregelung baldigst unterbreitet werden. Wesentlich ungeachtet muß die vorgesehene Arbeitszeitregelung werden. Eine Industrie wie die Flaschenindustrie muß aus eigenem und auch volkswirtschaftlichem Interesse in der jetzigen schweren Wirtschaftskrise darauf bedacht sein, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit und anderer Schichteneinteilung für kontinuierlich Beschäftigte ein Teil der durch die Maschinen arbeitslos gewordenen Hocharbeitskräfte wieder untergebracht werden. Man möge sich in dieser Frage die Vorschläge der Konferenz der Südamerikanischen Konventionen zur Behebung der Arbeitslosigkeit einmal ansehen, die einmütig zu der Auffassung gekommen sind, daß das jetzige Wirtschaftssystem nur durch Verkürzung der Arbeitszeit wieder in geordnete Verhältnisse zurückgeführt werden kann.

Über die Stärkung der Kaufkraft zur Förderung des Zulandaufbaues noch Worte von uns aus zu verlieren, halten wir an dieser Stelle für müßig. Die Flaschenindustrie ist aber bestimmt eine von den Erzeugnisgruppen, die nur durch gestärkte Kaufkraft der Konsumenten ihren Absatz im Ausland erhöhen können. Der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken haben wir, entsprechend der Beschlüsse der Tarifkommission, auf ihre Aufkündigung der Verträge nachfolgendes mitgeteilt:

„In Vertiligung Ihrer bereits am 30. Dezember hier eingegangenen Kündigungsschreiben für die Lohn- und Manteltarife der deutschen Flaschenindustrie mit Ablaufstermin zum 28. Februar 1931 resp. 31. März 1931 dürfen wir, wie bereits telephonisch zum Ausdruck gebracht, hervorheben, daß Sie mit der Aufkündigung der Verträge auch den Wünschen unserer Mitglieder entgegenkommen. Bekanntlich haben in den letzten zwei Jahren trotz bestehender Verträge Verhandlungen der Parteien wegen Umänderung wichtiger Bestimmungen der Lohnskalen und des Manteltarifvertrages stattgefunden. Unsere Forderungen, die zum Teil auf den bekannten Wünschen unserer Mitglieder sich aufbauen, werden wir mit den notwendigen Ergänzungen Ihrer Organisation baldigst mitteilen.“

Dart und schwer wird auch in der deutschen Flaschenindustrie um die Aufrechterhaltung der jetzigen Existenzverhältnisse der Arbeitnehmer gekämpft werden müssen. Einigkeit und Geschlossenheit unserer Kollegen in der Flaschenindustrie werden uns dabei eine Stütze sein.

Interessant sind die gelegentlich einer Generalversammlung von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der verreries Demert & Courcelles Méunies in Jumez gemachten Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß dem Truist von den übernommenen Gesellschaften keine Betriebsgelder zur Verfügung gestellt werden, sondern daß die Verkaufserlöse aus den Lagerbeständen der fusionierten Gesellschaften das Betriebskapital abgeben werden. In der Generalversammlung der verreries des Hamendes, L. Lambert in Jumez, wurde ebenfalls bestätigt, daß nur die Anlagen, Rohstoffe und Fertigfabrikate eingebracht worden sind.

Aus diesen dürftigen Mitteilungen, die über die Union in die Öffentlichkeit gelangt sind, geht hervor, daß die Übernahme der verrerieseinrichtungen (Grundstücke, Gebäude, Zellen, Maschinen) mit Fertigfabrikatelager nur auf 200 000 000 belgische Franken geschätzt worden ist. Betriebskapital ist mithin nicht vorhanden, da es aus dem Erlös der Glasbestände geschaffen werden soll. Was nun die Höhe des jetzigen Kapitals für die Anlagen anbetrifft, so ersehen wir, daß dasselbe in Anbetracht der Anlagen vorhandenen Courcault-Anlagen in Belgien äußerst gering ist und nur etwa die Hälfte des für diese Anlagen von den Hütten veranschlagten Wertes darstellt. Diese gewaltige Differenz zwischen wirklich investiertem Kapital und Übernahmewert durch die Union muß sonder Zweifel als Fehlinvestierung durch Schaffung übermäßiger Produktionsanlagen angesehen werden. Aus den von Herrn Dr. Ing. Maurach gelegentlich der 12. Glas-technischen Tagung in Berlin (siehe „Das Glas“, Heft 23 vom 1. Dezember 1929) gemachten Ausführungen: „Neben dem gegenwärtigen Stand der Technik in der Glasindustrie“ geht hervor, daß zu diesem Zeitpunkt in Belgien 147 Courcault-Maschinen aufgestellt waren. Wenn man nun die Gesamtinvestierung pro Courcault-Maschine mit allem Zubehör auf 350 000 bis 400 000 RM schätzt, so dürften bei Annahme des niedrigsten Betrages pro betriebsfertige Maschinenanlage in Belgien insgesamt für die 147 Courcault-Maschinen rund 51 500 000 Reichsmark oder 438 000 000 belgische Franken investiert worden sein. Ungefähr die Hälfte der bestehenden Courcault-Maschinen mit entsprechendem Zubehör wurden also mit Null bewertet von der Union übernommen. Andererseits fällt auf, daß in dem Kapital von 200 000 000 Franken keinerlei Betriebskapital investiert ist. Die Auffassung, die Betriebsgelder aus den Verkäufen der vorhandenen Stocks flüssig zu machen, dürfte sich später als ein Trugschluss herausstellen, da jede Fabrikationsstätte auch in Zukunft mit einem normalen Lager rechnen muß und mithin auch hierfür Gelder investiert bleiben müssen. Es dürfte daher zu erwarten sein, daß in nächster Zeit durch Kredite oder Kapitalerhöhung Betriebskapital geschaffen werden muß. Die 18 176 000 belgische Franken Barzahlung an verschiedene Hütten sind als Vorbelastung der Union zu werten. Wenn man sich nun die Frage vorlegt, aus welchem Grunde außer den Anteilen noch Barzahlungen vorgegeben wurden, so dürfte man mit der Vermutung nicht fehlgehen, daß diese Barzahlungen den Kampf um die Festlegung der Höhe der Beteiligungsanteile oder die Rentabilität der einzelnen Betriebshütten untereinander ausgeglichen haben.

Diese kurzen Ausführungen zeigen die ganze Tragik, die die Courcault-Krankheit in Belgien geschaffen hat. Sie lassen erkennen, wie mit Unterstützung des Großbankkapitals viel Geld sehr investiert wurde. Andererseits muß aber in großem Umfange anerkannt werden, daß die belgische Kersterglasindustrie durch Schaffung der Union einen großen Schritt vorwärts gekommen ist. Wir sehen den gewaltigen Vorteil gerade darin, daß die sonstigen Kersterglashütten in die Vöfiggemeinschaft der Union übergegangen sind und diese eine einheitliche Leitung bezüglich Verwaltung, Technik und Verkauf hat. Die Position der Belgier hat sich durch diese Maßnahme in internationalen Glashandel bedeutend gestärkt. Es soll aber nicht vergessen werden, daß neben den Kersterglashütten die mit bedeutenden Mitteln aufgelegene Libbey-Owens-Gesellschaft unabhängig weiter besteht, und es dürfte auch, trotz der gemeldeten Verständigung zwischen den Libbey-Owens- und den Courcault-Hütten, die bezüglich der Rentingentierung der Produktion 70 Proz. für die Union und 30 Proz. für die Libbey-Owens vorsieht, noch nicht zu einer endgültigen Gesundung der belgischen Kersterglasindustrie gekommen sein, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die nach dem Courcault-Verfahren arbeitende Kersterglasindustrie in den hauptsächlichsten Glas produzierenden Ländern gewaltig überflutet ist und die kleinen Randstaaten Europas sowie auch die Ueberseestaaten allmählich durch eigene Produktion ihren Konsum decken wollen und bestrebt sind, dieses Ziel durch Zollstrafen zu erreichen.

Der Truist der belgischen Maschinenglasfabriken.

Nach langwierigen Verhandlungen ist die Union des verreries Mécaniques Belges, mit Sitz in Charleroi, Quai de Brabant, zustande gekommen.

Zweck der Gesellschaft ist die Herstellung, die Ausbeutung und der Handel aller Glaswaren in allen Ländern. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 30 Jahre festgesetzt. Das Gesellschaftskapital beträgt 200 000 000 belgische Franken, bestehend aus 20 000 Anteilen ohne Verzeichnung (parts sociales sans désignation de valeur). Die 20 000 vollen Anteilscheine geben Recht auf je 1 Stimme.

Die im Anschluß an den Gründungsakt abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung legt die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder auf 23 fest. Außerdem wird von der Ernennung von acht Aufsichtsratsmitgliedern gesprochen; diese dürften bereits in der Zahl der Verwaltungsratsmitglieder einbezogen sein und den ganzen Verwaltungsrat in ihrer Eigenschaft als „Administrateurs-délegués“ der Union des verreries Mécaniques Belges vertreten. Es sei an dieser Stelle kurz darauf hinzuweisen, daß das belgische Recht gegenüber dem deutschen bezüglich der Gesellschaftsorgane und ihrer Befugnisse wesentliche Unterschiede aufweist. So vereinigt beispielsweise der belgische Verwaltungsrat Rechte und Pflichten, wie sie für den deutschen Aufsichtsrat und Vorstand zusammen bestehen. Der Vorstandsbereich nach deutschem Recht besteht nicht; der belgische Direktor ist Bevollmächtigter des Verwaltungsrates, der seine Rechte und Pflichten bestimmt.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Union ist ein Direktor der Société Générale de Belgique. Herr Gaston Blaise, außer den Vertretern der Glasbetriebe und nach solche der Participations Financières verreries gewählt worden.

Besonders zu beachten ist, daß die Union des verreries Mécaniques Belges die Ausbeutung aller belgischen Maschinenglasbetriebe, die nach dem Courcault-Verfahren arbeiten, mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober 1930 übernommen hat. Die besondere Leitung der Union liegt in den Händen eines aus drei Perioden bestehenden Direktoriums, und zwar von Herrn Charpentier (verreries de Mariemont) für die Verwaltung, Herrn S. Lambert (verreries de Lambert) für den Verkauf und Alex. Daniloff (verreries de Jumez) für technische Fragen.

Nachfolgende Aufstellung gibt Aufschluß über die Kapitalverteilung der Union unter die 13 Mitgliedsbetriebe, sowie die von der Union übernommenen Barabfindungen:

Gesellschaft	Beteiligung		Anteile		Barabfindungen
	in Proz.	in belg. Fr.	1/1	1/10	
1. verreries Mécaniques de Sodelinart, Charleroi	13,21	26 420 000	6 624		263 000
2. verreries de Gilly, Bruges	13,063	26 126 000	2 612-6/10		—
3. verreries Demert & Courcelles Méunies, Jumez	12,50	25 000 000	2 500		4 268 000
4. verreries des Hamendes, Jumez	10,336	20 672 000	2 067-2/10		3 508 000
5. verreries de Dampremy-Februnne, Dampremy	9,899	19 798 000	1 979-8/10		3 318 000
6. Société des verreries de Mariemont	9,863	19 726 000	1 972-6/10		2 658 000
7. verreries Campinoyes & du pans de Liège, Tournai	5,451	10 962 000	1 096-2/10		2 082 000
8. verreries Mécanique Charleroi	5,419	10 838 000	1 083-8/10		541 000
9. verreries de Vinche, Vinche	4,968	9 936 000	993-6/10		760 000
10. verreries Mécan. du Centre, Jumez	4,861	9 722 000	972-2/10		523 000
11. S. A. des verreries de Jumez, Jumez	3,988	7 976 000	797-6/10		60 000
12. verreries de Cronielu	3,359	6 718 000	671-8/10		195 000
13. verreries de Roux, Roux	3,053	6 106 000	610-6/10		—
	100,—	200 000 000	20 000 Anteile		18 176 000

Tschekoslowatei.

Müßlich berichteten wir, daß die Lage in der böhmischen Glasindustrie noch vor wenigen Wochen sehr gedrückt war, nach amtlichen Angaben arbeitete die Hohlglasindustrie und die Tafelglasindustrie mit 60, und die Flaschenglasindustrie mit 65 Proz., während es die Spiegelglasindustrie auf 80 Proz. bringen konnte. In letzter Zeit hat sich aber die Lage der Hohlgläser Glasindustrie entschieden belebt, was wohl zum Teil auf das vergangene Weihnachtsfest zurückzuführen ist, aber auch darauf, daß Nordamerika wieder stärker als Käufer auftritt. Auch das Geschäft mit England ist fast wieder normal und Deutschland ein guter Abnehmer. Hauptächlich werden bessere Genres in Colliflers gekauft, während in Vionteric-artikeln, deren Einfuhr nach den Vereinigten Staaten durch hohe Zölle stark behindert ist, das Geschäft schwach geht. Auch aus Indien sind wieder Erdrer eingelaufen, hauptsächlich in Schmelzperlen für Kleiderständer, während der Absatz nach Südamerika zeitweise stark unter den dort herrschenden Unruhen litt.

Auch die Daidae Glasindustrie, die durch den New Yorker Börsensturz Ende 1929, den Vorkauf europäischer Waren in Indien, das Fallen der spanischen Peseta und die südamerikanischen Wirren stark in Mitleidenschaft gezogen worden war, kann eine wesentliche Besserung verzeichnen. Die Lager in den Vereinigten Staaten scheinen ziemlich erschöpft zu sein, denn die Amerikaner kommen wieder, wenn auch zur Zeit noch vereinzelt, noch Daida, um Musteraufträge zu erteilen und Vorabschlüsse zu tätigen. — Nach wie vor bleibt aber die ausländische Konkurrenz, die sich durch hohe Schutzzölle zu überwinden, sehr fühlbar, insbesondere Deutschland in geschliffenem Bleiglas, Belgien und Schweden in Service- und Kunstglas. Unter der Konkurrenz leiden die Preise, und die Zahlungen gehen ständig ein. — Von der Leipziger Frühjahrsmesse wird eine weitere Besserung der Lage erwartet.

Die Arbeitskräfte der Glasindustrie werden auch jetzt noch nicht annähernd ausgenutzt. Von 35 000 Glasarbeitern sind zur Zeit noch immer 16 800, das sind 30,2 Proz., arbeitslos. Noch größer ist die Arbeitslosigkeit in der Heimarbeit; nach einer Mitteilung des deutschen Glasindustrieverbandes und der keramischen Arbeitergemeinschaft in Leipzig sind von 8700 Heimarbeitern nicht weniger als 6300 arbeitslos. Die Gründe hierfür sind außer der ausländischen Konkurrenz in der Mechanisierung und Rationalisierung der Erzeugung zu suchen, da die Einföhrung von Maschinen viele Arbeitskräfte ausschaltet. Besonders traurig liegt der Arbeitsmarkt in der Glasmalerei.



Subvention für die Firma Villeroy & Boch.

Bekanntlich hat die Steingutfabrik Villeroy & Boch in Dresden vor ein paar Monaten ihr Werk geschlossen mit der Begründung, daß es nicht mehr rentabel arbeite und etwa 1800 Beschäftigte entlassen. Durch Bemühungen der sächsischen Regierung, vertreten durch den geheimen Regierungsrat Florey vom sächsischen Wirtschaftsministerium, ist der Firma Villeroy & Boch ein Darlehen in Höhe von 1 Million Reichsmark zur Verfügung gestellt worden, für die der sächsische Staat bzw. die Stadt Dresden auf fünf Jahre die Zinsverpflichtungen übernehmen haben sollen. Zu diesem Vorgang schreibt Ernst Rosenbergl, Vorstandsmittglied der H. Dypke-Bernhard Josef A.-G. Dypke und Josef sind Inhaber der Firma Steingutfabrik Ludw. Reissl in Bonn, im "Berliner Tageblatt" vom 28. Dezember 1930 folgendes:

„Das Subventionsunwesen hat in jüngster Zeit eine solche Ausdehnung genommen, daß ein Eingreifen der zuständigen Regierungsstellen nicht länger aufgeschoben werden darf. Jedes Land, jede Stadt fühlt sich heute berechtigt, selbstherrlich, nach eigenem Gutdünken, ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Folgen, die der Allgemeinheit entstehen, Subvention zu gewähren. Ein einzigartiger grotesker Fall droht sich zum Beispiel jetzt in Dresden abzuspielen. Das vielleicht bedeutendste Unternehmen der deutschen keramischen Industrie, die Firma Villeroy & Boch, eine Aktiengesellschaft, deren Anteile sich ausschließlich in Privatbesitz einer der reichsten deutschen Familien befinden, hat eines ihrer sechs oder acht Werke, das Dresdener, geschlossen, da es offenbar modernen Anforderungen nicht mehr entspricht. Ein solches Unternehmen, dessen Inhaber über unbegrenzte Mittel verfügen, kann sich heute natürlich erlauben, der Regierung keine Bedingungen zu stellen, wenn es gerufen soll, seine Pforten wieder zu öffnen. Es heißt, daß der sächsische Staat und die Stadt Dresden zur Durchführung der Nationalisierung dieses Dresdener Werkes gemeinsam ein zinsloses Darlehen von 1 Million Reichsmark auf die Dauer von fünf Jahren gewähren wollen. Daß durch ein solches Verfahren den konkurrierenden Unternehmen, die aus eigener Kraft ihre Fabriken modernisiert haben, obwohl sie über sehr viel geringere Mittel verfügen als die Familien Villeroy & Boch, geradezu der Lebensboden abgeschnitten wird, wenn der Betrieb dieser Magnaten es sich leisten kann, zunächst einmal fünf Jahre lang keine Selbstkosten ohne Zinsen und Abschreibungen zu errechnen, das ist den Herren von der sächsischen Regierung offenbar nicht zum Bewußtsein gekommen, oder sie können die Tragweite ihrer Handlungsweise einfach nicht übersehen. Das Reichswirtschaftsministerium steht zwar auf dem Standpunkt, daß ein derartiges Vorgehen einer Landesregierung zu verurteilen wäre, ob es aber die Macht haben wird, die sächsischen Diktatoren von diesem geradezu unerhörten Mißbrauch ihrer Amtsgewalt abzuhalten, steht noch durchaus dahin. Man glaubt nicht, in einem Bundesstaat zu leben, dessen Politik nach einheitlichen Grundrissen geleitet wird, sondern fühlt sich zurückversetzt in die Zeit, in der die deutsche Kleinstaaterei es als ihr oberstes politisches Ziel ansah, sich einem wirtschaftlichen Aufschwung entgegenzustellen.“

Der Dresdener Anzeiger schreibt am 18. Dezember 1930, nachdem er ebenfalls die Meldung bringt, daß zum Zwecke der Nationalisierung vom sächsischen Staat bzw. der Stadt Dresden 1 Million Reichsmark auf fünf Jahre ohne Verzinsung zur Verfügung gestellt worden sei, folgendes:

„In den beteiligten Industriekreisen haben diese Meldungen begrifflicherweise starkes Aufsehen gefunden. Es handelt sich bei der Gesellschaft um ein Familienunternehmen, das sehr wohl aus eigenen Mitteln die technische Nationalisierung durchführen kann. Und man wirft in diesem Zusammenhang mit Recht die Frage auf, unter welcher Begründung der Staat bzw. die Stadt in diesem Fall die Kosten für die Kosten einer technischen Organisation als Geschenk bereitstellen will. Der Zinssendienst für Neuanlagen ist gegenwärtig einer der Hauptbestandteile der Selbstkosten. Ohne diese Belastung kann das Unternehmen im Wettbewerb eine Preispolitik betreiben, die dann wieder andere keramische Betriebe zum Erliegen bringt. Da gerade auch in Sachsen die keramische Industrie stark vertreten ist, wird selbst unter dem an sich schon solchen Gesichtspunkt einseitiger Bevorzugung örtlicher Industrien diese Politik als sehr kurzfristig beanstandet.“

Wenn die öffentliche Hand diese Lösung sucht, so ist wohl allein der Wunsch maßgebend, die unproduktive Erwerbslosen-

fürsorge auf diese natürliche Weise zu gestalten. Denn die sozialen Schlag Schatten der Wirtschaftskrise werden immer bedrohlicher. Und gerade die finanzielle Unabhängigkeit des Konzerns gibt ihm andererseits in den Verhandlungen eine sehr starke Stellung.

Aber eine andere Frage ist, wie man diese Subvention mit den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, des Verbandes sächsischer Industrieller, der Handelskammer und der hier beteiligten Industriegruppe nach Abbau von Unterstützungen in Einklang bringen will. Die Wirtschaft kann diese Lösung nicht billigen, weil sie dem Sinn ihrer eigenen Entscheidung widerspricht. Es mag nun naheliegen, die Verantwortung denen zuzuschreiben, die sich im Interesse eines Ausgleichs zwischen den verschiedenen Gesichtspunkten um diese Lösung bemühen. Aber wo bleibt der praktische Erfolg einer Entscheidung, die theoretisch die Subvention ablehnt und im einzelnen Falle doch wieder zu dem beanstandeten Ergebnis führt?

Die Wirtschaft muß diese Subvention ablehnen. Aus berechtigten Gründen. Aber sie muß auch ihren Einfluß in diesem Sinne geltend machen. Bei derartigen zur Entscheidung stehenden Fragen, die für die öffentliche Hand außerhalb des rein geschäftlichen Fallfalls liegen können, darf auch nicht immer wieder im Einzelfall die Forderung nach Subvention erhoben werden.“

Der „Vorwärts“ nahm auch zu der Angelegenheit Stellung und äußerte sich folgendermaßen:

Zum Skandal werden die Subventionen, wenn die Privatindustrie die Not der Krise benutzt, um ein Eingreifen von Staat oder Stadt geradezu zu erpressen. Jetzt wird aus Dresden gemeldet — Sachsen scheint überhaupt in letzter Zeit seinen Ehrgeiz in der Finanzierung fragwürdiger Subventionsprojekte zu suchen — daß die Stadt die Übernahme einer „Zinsbürgschaft“ für 1 Million Reichsmark auf fünf Jahre für die Firma Villeroy & Boch A.-G. beschlossen habe. Dieses größte deutsche Unternehmen der keramischen Industrie (Steingutfabrik, Radebeul ufm.) hat in Deutschland 12 Fabriken; das Dresdener Werk wurde im Oktober 1930 „wegen Unrentabilität“ geschlossen und die 1400 Arbeiter und Angestellten entlassen. Die Unrentabilität liegt in den veralteten Anlagen begründet und sollte durch den Bau von zwei Zunkesseln behoben werden. Für diesen Bau sollte zunächst die sächsische Staatsbank eine Million zinslos leihen; jetzt hat die Firma sich einen Auslandskredit besorgt, für den der sächsische Staat und die Stadt Dresden die Bürgschaft „für den Fall der Gewinnlosigkeit“ in den nächsten fünf Jahren übernehmen.

Wir garantieren, daß unter diesen Umständen das Unternehmen in den nächsten fünf Jahren ohne Gewinn arbeiten wird!

Denn natürlich müssen die alten Anlagen abgeschrieben werden, und der Umbau wird einige Zeit die Produktion ungenügend beeinflussen.

Dazu kommen die Bilanzierungsstände dieses Unternehmens, wie sie bei Aufstellung der letzten Bilanz zutage traten. Vier Jahre lang wurden auf das Kapital von 1,5 Millionen Reichsmark 10 Proz. Dividende, also 150 000 RM, gezahlt. Die Dividende für das letzte Jahr wurde auf 8 Proz. ermäßigt — weil man schlecht verdient hatte? Weit gefehlt! Dem Gewinnvortrag des Vorjahres wurden nachträglich (1) 205 000 RM entnommen, die in die Reserven abwanderten, die außerdem um weitere 45 000 RM im voraus aufgerundet wurden. Damit nicht genug, wurden wegen der „schwankeuden Kreditverhältnisse“ einem weiteren Reserveposten 413 000 RM zugewiesen — so daß die offenen Reserven auf 1,92 Millionen Reichsmark Kapital anwuchsen. Die Gesellschaft strohte also sozusagen vor aufgeschobener Reservezeit.

In Wahrheit hat also Villeroy & Boch im letzten Geschäftsjahr fast 50 Proz. des Kapitals verdient. Daß die veralteten Anlagen eines Werkes erneuert werden müssen, soll ja auch sonst in der Industrie vorkommen. Daß man aber einem derart glanzend rentierenden Unternehmen, dessen Kapital sich im Behältnis ganz weniger schwerreicher Welschfamilien befindet, noch Geldente in Gestalt von Zinsübernahmen macht, macht diese Subventionsgeschichte zu einem glatten Skandal.“

Trotz diesem Protest belamen die Aktionäre ihre 7 Proz. Dividende. Da hätte man zum ersten Male, daß die Angestellten 25 Proz. Gehaltskürzung hinnahmen und ihre Tarifverträge umgehen sehen. Hoffentlich lernen die Angestellten daraus auch dort ihr Recht zu vertreten, wo es mehr Zweck hat. Die Aktionäre werden sich wenig darum gekümmert haben. An sich ist es erfreulich, wenn auch die Angestellten sich ihrer Haut wehren. Es sollte nur öfter geschehen.

Hohenberg.

Die Porzellanfabrik E. M. Gutschentreuther A.-G. in Hohenberg rentierte sich im Geschäftsjahr 1929/30 so, daß die Generalversammlung die Dividende wieder auf 8 Prozent für die Vorzugsaktien und auf 6 Prozent (8½ Prozent) für die Stammaktien festsetzte. Ueber den Geschäftsgang im neuen Jahre wurde mitgeteilt, daß die eigenen Betriebe und die Beteiligungs-Gesellschaften zur Zeit noch befriedigend beschäftigt seien. Die Verhältnisse im In- und Auslande lägen jedoch so, daß die Abnehmer in Erwartung weiterer Preisnachlässe sich überall stärkere Zurückhaltung auferlegten. Deshalb sei die zukünftige Entwicklung heute noch nicht abzusehen. Der Vorstand sei der Ansicht, daß die Preise in der Porzellanindustrie noch nicht stabilisiert seien. Es werde notwendig sein, sich überall größter Sparsamkeit zu befleißigen. Die Gesellschaft werde auch die persönlichen Ausgaben einschränken und an ihre Arbeiter und Angestellten wegen Herabsetzung ihrer Bezüge herantreten müssen. Bei allergrößter Sparsamkeit und rationeller Wirtschaft werde sich wieder ein befriedigendes Ergebnis erzielen lassen.

So, an die Arbeiter und Angestellten soll wegen Herabsetzung ihrer Bezüge herantreten werden, und für die Aktionäre wird bei allergrößter Sparsamkeit — an Arbeiterlöhnen und Angestelltengehältern — ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht gestellt. Vist sich das nicht wie Hohn. Die Arbeiterkraft hat zu hungern, wenn nur die Aktionäre genug haben. Eine schöne Wirtschaft, was?

Weiherthal.

Die Porzellanfabrik Sonntag & Söhne, Weiherthal bei Wallendorf in Thüringen, hat ihre Pforten in einer der letzten Wochen geschlossen. Eigentlich lebte die Fabrik schon seit einigen Jahren nicht mehr richtig. Sie verneuerte nur noch so dahin. Der letzte Besitzer war ein Amtsgerichtsrat Welsel, der lieber Porzellanmachern, als der Republik als Jurist dienen wollte. Er hat auch beim Porzellanmachen kein Glück gehabt, trotzdem ihm Richard Heubach als Sachverständiger und Ratgeber zur Seite stand. Im letzten Jahr hoperte es mit dem Gelde sehr, und Angestellte und Arbeiter werden wohl heute noch rückständige Lohnforderung stellen können.

Der Betrieb ist an die Firma Schaubach, Porzellanmalerei in Wallendorf, verpachtet. Herr Schaubach hat es verstanden, in Wallendorf einen Betrieb aus den kleinsten Anfängen heraus auf eine ansehnliche Höhe zu bringen. Der Mühseligkeit des Herrn Schaubach, zusammen mit seinem sehr tüchtigen Personal, das all seine Kräfte für das Emporkommen des Werkes einsetzte, ist es gelungen, Erzeugnisse herzustellen, nach denen sehr gern gefragt und gearbeitet wird. Es ist zu hoffen, daß Schaubach in Weiherthal von denselben Erfolgen begleitet wird, wie es zweifellos in Wallendorf bisher der Fall war.

Kaolin-Büro.

Die Preiskonvention des Verbandes der Deutschen Kaolinwerke E. V. Dresden, teilt mit, daß sie, obwohl noch keine sichtbare Senkung der Gestehungskosten, vor allem noch keine Herabsetzung der den Hauptteil der Gestehungskosten bildenden Löhne, eingetreten sei, ihre Verkaufspreise um 8 Prozent ermäßigt habe. Es handele sich dabei also um eine Vorleistung im Interesse der verbrauchenden Industrien. Wenn es gelänge, die Löhne den veränderten Verhältnissen entsprechend herabzusetzen, sei gegebenenfalls eine weitergehende Preis-senkung denkbar.

Wenn man diese Begründung liest, kommt einem der Gedanke, daß die Unternehmer eigentlich ein viel schöneres Leben führen könnten, wenn die Arbeiterkraft umsonst arbeiten würde. Wie wäre es, wenn das die Unternehmer einfach mit einem Diktator durchsetzen würden?

Braunruh.

Am 18. Dezember riß der Tod unser langjähriges und treues Mitglied, den Holl. Werner Jähner, im Alter von 63 Jahren aus unserer Mitte. Kollege Jähner, der seit 1904 organisiert ist und auch alle Porzellanereiben durchgemacht mußte, war ein aufrichtiger und ehrlicher Kämpfer.

In dem Glauben, daß die infolge Konkurses seit fünf Jahren stillstehende Porzellanfabrik die Pforten bald wieder öffnet, wurde er leider, wie so viele Kollegen, schwer geküchelt. Die langjährige Arbeitslosigkeit hat sein Leiden bedeutend gefördert. Wir werden seiner nicht vergessen.

Ein Porzellankalender als Exportvermittlung.

Eine ebenso neu- wie eigenartige Werbegabe hat das Leipziger Messamt in Gestalt eines Schreibisch-Mischkalenders als Messinteressenten im Auslande verandt. Dieser Kalender, der eine Kollektivwerbung für die auf der Leipziger Messe vertretenen Fabrikanten aus der Glas-, Porzellan-, Stein- und Tonwarenindustrie darstellt, besteht aus einem Porzellanunterteil, von dem sich das Schlagwort „Besucht die Leipziger Messe“ abhebt. Der Text der einzelnen Kalenderblätter unterrichtet die Auslandsbesucher über die Leipziger Messe und speziell über die auf der Messe ausstellenden Firmen der vorerwähnten Branche.

Wolffstedt.

Die neueste Kollektiv Porzellanfabrik A.-G. in Wolffstedt und ihr Zweigbetrieb R. Eckert & Co. stellen einen vorläufigen Antrag auf Stilllegung. Die Maßnahme soll sich als notwendig erwiesen haben, um die beabsichtigte Arbeitsreduktion durchzuführen.

Annaburg.

Die Annaburger Steingutfabrik A.-G. in Annaburg hält es trotz der gedrückten Preise auf dem Steinmarkt für richtig, auf dem Markt zu bleiben und nicht stillzuliegen. In der Hauptversammlung wurde berichtet, daß der Absatz im Berichtsjahr 1929/30 mengenmäßig gegenüber dem Vorjahre gestiegen sei.

Belgien.

Die belgischen Porzellanindustriellen erstreben für Porzellan, Tafelgeschirr, Bierporzellan, Steingut und Feinkeramik ein Kartell. Besprechungen wurden schon aufgenommen.

Neue Wege der Staatl. Porzellanmanufaktur Berlin?

Und wird geschrieben:

Kürzlich eröffnete die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin eine Weihnachtsausstellung vor geladenen Gästen. (Aber waren es nicht fast nur Manufakturangehörige?) In seiner Eröffnungsansprache betonte Direktor von Pechmann, daß diese Ausstellung zugleich ein Rechenschaftsbericht sein soll über das Schaffen des letzten Jahres, was wohl heißen soll, über seine bisherige Tätigkeit als Leiter des Instituts.

Was ist Neues geschaffen worden? Zunächst stellt man fest, daß die Schau sich in erster Linie auf gute alte Erzeugnisse bezieht. Das hervorragende Wirkung hat immer wieder die historischen Meisterwerke. Sie zeigen auch das hohe Können des geschulten Personals, dem hierbei Gelegenheit zu individueller Betätigung gegeben ist. Etwa nur, daß der hohe Verkaufspreis die Anschaffung solcher erlesenen Stücke nur einem kleinen Zahl Käufer möglich macht.

Soll modern im guten Sinne wirken die reichlich gezeigten Stücke der Schmelzzeit.

Sucht man nun nach wirklich Neuem, so stellt man fest, daß auch diese Stücke sich alle schon vor Beginn der Direktions-tätigkeit des jetzigen Leiters vorhanden waren. Es ist nur wirtschaftlich schwere Zeit, die so wenig Mittel für neues Schaffen erlaubten hat? Oder fehlen die Ideen? Was beweisen elektrische Lampen in allen Größen als Reizeiter an. Aber von künstlerischen Schaffen zeugen sie nicht. Es ist Montage! Einiges wirkt sehr gut, anderes erreicht die Grenze des Möglichen. Nicht jede Farbe oder Blumendrucke ist als Temperierpapier geeignet. Aber man möchte ersehnen weite phantasievolle Porzellan-richte, die man eben und unten mit Goldschmelz abschließt. Hier fehlt man den Temperierpapier kann noch an. Daß das Material Porzellan sein soll, nur allem wegen der farbigen Töne. Zusammen mit dem schwarzen Goldschmelz wirkt das Ganze mehr als ein phantasievolles Reizier oder als eine große Spalte, das als ein Reizeiter zur Verschönerung einer Lampe.

Die Erbedung der Laboratoriumsgeräte als Schmuckstücke wirkt schlecht. Es ist aber, daß man davon auch keine große Bekanntheit erwarten kann, und eine interessante Art als Reizeiter für das letzte Jahr sind diese Telen. Es sind nicht. Dieser Montage! Montage ist auch das Temperierpapier, auf welches das Interesse der Ausstellungsgäste gelenkt werden sollte!

Aber sind solche Spielereien Aufgaben der Staatsmanufaktur, zumal in einer Zeit, wo doch an dieser Stelle die Not der Zeit sehr stark an die Türen klopf, in erster Linie natürlich zum Schaden der kurzarbeitenden Arbeiter, wie der Herr Direktor in seiner Rede selbst zugab.

Aber fast noch weniger Berechtigung haben wohl Halsketten aus Porzellanfingerringen. Man muß es sich erst sagen lassen, daß diese an sich ganz farbige, ganz reizvollen Ketten aus Porzellanfingerringen bestehen sollen. Aber dann fragt man sich, wozu dies, was sollen diese gewichtigen Ketten?

Aber wenn man nun noch die Bemalung eines Tischservices von Frau Schumann erwähnt, so ist man schon am Ende mit den Erzeugnissen des letzten Jahres!

Doch beruhigen wir nicht den Weihnachtssteller! Aber ist die Ausstellung des Jahres vielleicht ein Sinnbild? Nein, im Ernst, wir fragen, was aus dem Können eines gutgeschulten Personal nicht mehr herauszuholen, als was die Jahresüber-trennung ist? Und hört man, genügend Käufer anzureizen und damit Arbeit für das Personal zu schaffen mit Dingen, die sich nur an einen kleinen Kreis überhöhter Menschen wenden. Kann man nicht auch Geschmack und Qualität an Dinge wenden, die mehr Freude auch bei Leuten erwecken, die keine Überhöhten sind?

Geld.

In der Generalversammlung der Porzellanfabrik Poron g Gutschentreuther A.-G. Selbst in München erklärte der Angestelltenvertreter, daß es noch dem vorliegenden Geschäftsbericht gelungen sei, bei sparsamer Wirtschaft die Liquidität zu erhalten; dies werde aber erreicht auf Kosten der Angestellten-schaft, der man unter Umgehung der Tarifverträge eine 25prozentige Gehaltskürzung aufgezwungen habe. Der Vorsitzende verwahrte sich zunächst dagegen, Lohnkürzungen in einer WK zu behandeln, und bemerkte nur, daß man nach sechs Jahren ununterbrochener Lohnverbesserungen in jüngeren Zeiten sehr wohl auch zu Lohnkürzungen greifen müßte, und daß es besser sei, Lohnherabsetzungen als Entlassungen vorzunehmen. Ueber das laufende Geschäftsjahr wurde noch mitgeteilt, daß man die Leistungsfähigkeit der Werke nicht voll aus-nutzen könne, und daß deshalb teilweise Betriebsbeschränkungen erfolgt sind und daß auch das Weihnachtsgeschäft nicht die erhoffte Belebung gebracht habe.



Rückschau — Vorschau.

Für die Arbeiterschaft in den Industrien Steine und Erden bedeutete das Jahr 1930 große Not und Entbehrungen. In der Ziegelindustrie war die Kampagne der Saisonbetriebe sehr kurz. In einigen Bezirken hat ein großer Teil der Betriebe die Pforten überhaupt nicht erst aufgemacht, also gar nicht produziert, der andere Teil nach 6 bis 8 Wochen wieder geschlossen. Ja, in einigen haben die Pressen ungefähr nur 14 Tage gearbeitet und dann die Produktion wieder eingestellt. Von den in Saisonbetrieben beschäftigten gewesenen Zieglerkollegen wird wohl kaum einer darunter sein, der die Anwartschaft für die Erlangung der Arbeitslosenunterstützung erreicht hat. Bei den Dauerbetrieben, d. h. bei denen, die in normalen Zeiten auch im Winter produzieren, sieht es ebenfalls in bezug auf Beschäftigung sehr trübselig aus. Verschiedene dieser Betriebe haben infolge großer Vorräte und Absatzmangel stillgelegt, andere arbeiten nur mit eingeschränkter Belegschaft. Auch in der Zement-, Kalk-, Kalksandstein-, Feuerfesten-, Steinzeug-, Wandplattenindustrie sowie in allen übrigen Zweigen der Baustoff- und grobkeramischen Industrien überall das gleiche Bild.

Die ganzen in letzter Zeit an die Zentrale gelangten Mitteilungen über die Arbeitsmarktlage lauten fast alle trübselig. Wir brauchen nur einen kleinen Auszug aus der Fülle der Meldungen zu geben.

Eine große Zahlstelle Sachsen schreibt: In der Ziegelindustrie liegen von 8 Betrieben 3 vollständig still. Der eine arbeitet nur noch mit 80 Mann 40 Stunden pro Woche. Normal beträgt die Belegschaft dieses Industriezweiges 280 Beschäftigte. In der Ziegelindustrie liegen von 18 Betrieben 14 vollständig still. Der eine Dauerbetrieb arbeitet mit 88 Mann nur 8 Stunden pro Woche. Von den 14 stillliegenden Betrieben sind 2 Dauerbetriebe. In 2 kleinen Betonwarenbetrieben mit normal 10 Beschäftigten arbeiten nur noch 8 Mann.

In 4 großen Ofen- und Wandplattenbetrieben ist die Belegschaft 1930 um 480 vermindert. 3 Betriebe arbeiten schon seit März nur 24, 22 und 40 Stunden pro Woche. Einer 48 Stunden pro Woche, hat aber Mitte des Jahres 168 Mann entlassen.

Eine andere Zahlstelle in Sachsen berichtet: Dachziegelwerk mit 170 Beschäftigten, welches sonst immer durchgehend stillgelegt.

Eine größere schlesische Zahlstelle mit 7 Ziegeln melde, daß alle Betriebe mit stark eingeschränkter Belegschaft nur einige Wochen gearbeitet haben.

In Westfalen arbeiten in der Zementindustrie von insgesamt 22 Werken nur 6 oder 8.

In Oberschlesien liegen in der Zementindustrie bis auf ein Lukenfeuerturm alle Werke still.

Die Bezirke Pommern, Ost- und Norddeutschland, alle weit es Saisonbetriebe sind, diese entweder gar nicht gearbeitet oder nach kurzer Zeit den Betrieb wieder geschlossen haben.

Wo noch produziert wurde, sind die Belegschaften ziemlich stark reduziert worden.

Nur einige Beispiele darüber: Ein Wandplattenwerk in Schlesien, Belegschaft von 880 auf 200 vermindert. Dazu seit 16 Wochen Kurzarbeit mit 4 und 6 Tagen.

Zementindustrie Hannover. Eine Zementfabrik hat infolge technischer Verbesserungen von 420 auf 107 vermindert. Seit seit Monaten still. Eine andere, früher 800 Arbeiter, jetzt, weil modernisiert, 180. Zur Zeit wegen Absatzmangel stillgelegt.

Garzer Portland-Zement- und Kalkwerke beschäftigt von 650 nur noch 100 — Braunschweigische Garzalkwerke von 450 nur noch 180 — Hornberger Kalkwerke von 118 noch 80 Arbeiter. Wollen im Januar 1931 ganz stilllegen. Übrigens ebenfalls Belegschaften infolge technischer Verbesserungen stark vermindert.

Zur Zeit liegen alle Zementwerke des Hannoverischen Zementgebietes still. Nur wenige Arbeiter und Handwerker sind mit Reparaturarbeiten beschäftigt. So in allen Bezirken Betriebe technisch verbessert, rationalisiert, Belegschaften stark, zum Teil auf ein Drittel eingeschränkt, Produktion gesteigert. Für die Produktion keinen Absatz, Stilllegung und in der Zwischenzeit weitere technische Verbesserungen, damit die Produktion von noch weniger Arbeitskräften bewältigt werden kann. Dertweil geht die Arbeiterschaft an Unterernährung angründe.

Nur noch ein kleines Beispiel, wie sich die Wirtschaftslage gerade in der Ziegelindustrie im Jahre 1930 gestaltet hat. In einem kleinen Bezirk Westdeutschlands werden normal 200 Millionen Ziegelsteine produziert und abgesetzt. Im Jahre 1930 wurden nur 84 Millionen produziert oder 17 Proz. der normalen Produktion.

So sieht das Bild für 1930 fast in allen Bezirken Deutschlands aus. Leider sind die Aussichten für 1931 nicht besonders günstig. Überall große Vorräte, weitere Einschränkung der Produktion, Verschärfung der Not der in der Baustoff- und grobkeramischen Industrie beschäftigten Arbeiterschaft. Dieser Not glauben die Unternehmer dadurch steuern zu können, indem sie die Löhne der noch in Beschäftigung stehenden Arbeiterschaft, die an und für sich schon ziemlich niedrig sind, weiter herabsenken wollen. Nicht weniger als 106 Lohn- und 22 Mantelverträge in der Baustoff- und grobkeramischen Industrie sind bis Jahresabschluss von den Arbeitgebern gekündigt zum Zweck, entweder ganz von tariflicher Bindung los-

zumommen und die Löhne erheblich zu kürzen sowie Urlaubs- und sonstige materielle Bestimmungen zu verschlechtern.

Die Begründungen, welche die Unternehmer für ihre Forderungen auf Lohnherabsetzung haben, sind oftmals recht originell. Eine Arbeitgeberorganisation schreibt: „Die rückläufige Preisbewegung macht eine Herabsetzung der Löhne um 15 Proz. notwendig.“

Das ist die ganze Begründung. Diese rückläufige Preisbewegung hat sich für die Arbeiterschaft bisher noch nicht sehr bemerkbar gemacht. Auf keinen Fall ist sie so bemerkbar geworden, daß die 15prozentige Lohnherabsetzung dadurch ausgeglichen werden könnte.

Bei den Verhandlungen ist nun wohl einem Arbeitgebervertreter ein unfreiwilliges Geständnis entschlüsselt, indem er sagte, daß sie sich dem allgemeinen Vorgehen der Arbeitgeber anschließen müßten. Also nicht wirtschaftliche Not der Arbeitgeber ist es, was sie bei ihren Abschlüssen treibt, sondern weil ihre Preisorganisations nun einmal einen Lohnabbau als Parole herausposaunt haben, macht man mit.

Das ist die reinste Konjunkturpolitik, die die Unternehmer jetzt treiben. Man will für sich so viel wie möglich ersaffen, weil man die Zeit für sich günstig erachtet. Noch ein Beispiel von der Lohnabbaupolitik:

In der Konjunkturzeitung Nr. 102/103 vom 22. Dezember 1930 ist folgende Notiz enthalten:

Die Preiskonvention des Verbandes der Deutschen Kalkwerke E. V. Dresden, hat, obwohl noch keine fühlbare Senkung der Herstellungskosten, vor allem noch keine Herabsetzung der Hauptteile der Herstellungskosten bildenden Löhne, eingeleitet ist, ihre Verkaufspreise um 8 Proz. ermäßigt. Es handelt sich dabei also um eine Vorleistung im Interesse der verbrauchenden Industrien. Wenn es gelingt, die Löhne den veränderten Verhältnissen entsprechend herabzusetzen, so ist gegebenenfalls eine weitergehende Preisreduzierung denkbar.

Also allzuviel Opfer wollen die Unternehmer nicht bringen. Sie hätten hinzuzufügen können, wenn die Löhne so gesenkt werden, daß sie und noch ein entsprechender Profit herausspringt, sind wir natürlich bereit, davon etwas abzugeben.

Wenn die Arbeiterschaft in günstigeren Zeiten einmütig die Gebühre verliert und mit gleicher Wärme heimgeht, dann schreiben die Arbeitgeber Peter und Morbia auch dann, wenn die Arbeiterschaft in ihren Forderungen äußerst wichtig ist.

Da wird auch dann von den staatlichen Schlichtungsstellen der Arbeiterschaft vielfach durch völlig unzureichende Schlichtungs- und Verbindlichkeitsverpflichtungen solcher in den Arm gefallen.

Die Arbeiterschaft hat sich bisher immer gefügt. Daß bei solcher Sachlage innerhalb der Arbeiterschaft leicht die Meinung aufkommt, die staatlichen Schlichtungsstellen seien nur für die Unternehmer da, braucht keinen wunderzunehmen.

Gerade im Jahre 1930, wo die Arbeitgeber bereits einen großen Vorstoß zum Lohnabbau machen, sind viele von den gefällten Schlichtungsstellen, auch wenn sie nur den Status ausdauern, von den staatlichen Schlichtern nicht für verbindlich erklärt worden. Die Begründung war meistens, es läge dafür kein öffentliches Interesse vor. Damit war den Arbeitnehmern für den Lohnabbau Tür und Tor geöffnet. In einer Anzahl von Bezirken ist dadurch ein tariflicher Zustand eingetreten.

Daß sich gerade in diesen Bezirken innerhalb der Arbeiterschaft eine ziemlich verbitterte Stimmung festsetzen muß, die sich bei erster Gelegenheit Luft machen wird, ist leicht verständlich. Für den zukünftigen Wirtschaftserfolg ist dieser Zustand äußerst abträglich.

Die Deffektivität erfährt sehr selten etwas von der Not der Arbeiterschaft in den baustoffzeugenden und grobkeramischen Industriezweigen, weil diese wohl insgesamt ziemlich umfangreich, aber in verschiedene Industriezweige zerfallen, die gegenüber den großen geschlossenen Industrien, wie Eisen-, Stahl-, Chemie-, Papierindustrie usw., einzeln einen verhältnismäßig geringen Umfang haben und so das Auge der Deffektivität nicht besonders auf sich lenken.

Aber gerade in diesen kleinen Industriezweigen ist die Not der Arbeiterschaft auf eine Höhe gestiegen, die kaum zu ertragen ist. Seit Jahren erduldet diese Arbeiterschaft ein hülles Martyrium. Nur einige Wochen im Jahr beschäftigt und davon ein großer Teil ohne jegliche öffentliche Unterstützung, nur die Solidarität ihrer Arbeitsbrüder und -Schwestern hat ihnen bisher einigermaßen Mithalt gegeben.

Das Jahr 1931 wird wahrscheinlich kein besonders günstiges, aber auch kein besonders friedliches werden. Die Arbeitgeber wollen ihre Parole „Abbau der Löhne und sonstigen Erwerbsbedingungen der Arbeiterschaft“ auf der ganzen Linie nun auch durchführen. Die Arbeiterschaft der baustoffzeugenden und grobkeramischen Industriezweige wird sich zu wehren haben gegen die von den Arbeitgebern beabsichtigte Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Das beste Mittel wird aber sein, wenn sie ihre beste Waffe in diesem Abwehrkampf, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, so stark macht, daß dieser in der Lage ist, den Kampf erfolgreich führen zu können. Auch die letzten fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen müssen sich unserem genannten Verband anschließen. Nur wenn das geschieht, kann auch die Arbeiterschaft der baustoffzeugenden und grobkeramischen Industriezweige mit Zuversicht den kommenden Kämpfen entgegensehen.

Andererseits beträgt der Ausfall an Arbeitseinkommen im Jahre 1930 4 Milliarden Reichsmark, der erst mal durch weiteren Preisabbau einigermaßen ausgeglichen werden muß, ehe an allgemein bessere Absatzmöglichkeiten gedacht werden kann.

Die Forderungen von Arbeitnehmerseite, daß erst eine Preisherabsetzung erfolgen müsse, ehe an eine Lohnkürzung gedacht werden kann, erfahren durch die Ausführungen der „Konjunkturzeitung“ eine Stütze. Man kann daraus entnehmen, daß die Verminderung des Einkommens der Arbeitnehmer durch Lohnkürzungen ein weiteres Absinken unseres Wirtschaftslebens herbeigeführt hat. In weiteren Ausführungen wird auch bestätigt, daß durch Lohn- und Gehaltskürzungen keine Besserung erzielt werden kann. Der Bearbeiter der Rubrik schreibt noch folgendes:

„Die wachsende Arbeitslosigkeit, die fortwährenden Lohn- und Gehaltskürzungen, die Verminderung des Einkommens der Unternehmer und der Landwirtschaft werden eine weitere Verringerung der verfügbaren Aufträge bewirken.“

Wer nun aber glauben sollte, daß nun bei den Arbeitgebern die Einsicht einleuchte und daß jetzt mit dem Lohnabbau Schluss gemacht werden muß, wird eine große Enttäuschung erleben. Gerade bei den Arbeitgeberkreisen der Konjunktur-

zeitung“ aus den Industrien Steine und Erden scheint die Lohnabbau noch zugunommen zu haben. Fast alle Lohnverträge, die zum Jahresabschluss kündbar waren, sind von den Arbeitgebern gekündigt zum Zweck des Lohnabbaues. 10, 15 bis 20 Proz. und noch mehr hält man als Abbau für notwendig. In diesen ersten fast alle Industriezweige an den Vorräten. Auch bei den Arbeitgebern in den Industrien Steine und Erden treffen die Worte zu: „daß sie nichts gelernt und nichts vergessen haben“. Es wird noch lange dauern, ehe bei den Arbeitgebern eine vernünftige volkswirtschaftliche Einsicht Platz greift.

Satz gegen Arbeiterorganisationen macht Unternehmer blind.

In der Unternehmerschaftszeitung „Ziegel und Zement“ Nr. 68 vom 28. Dezember 1930 leitet sich Herr Theodor Schmidt, Sorau, der sich als Kartellgegner ausweist, in einem Aufsatz, der mit „Sein oder Nichtsein“ überschrieben ist, folgenden Satz:

„Das Organisieren ist eben, wie alles andere, ein „Geschäft“, bei dem nicht die organisierten Mitglieder, sondern die Leiter der Organisationen das sogenannte Fett abschöpfen, genau so, wie wir es bei den verführten Arbeitern beobachten, die auch ihre Groschen nur zur Erhaltung einiger hunderttausend Bongen hingeben, um selber erwerbslos zu werden.“

Das zeigt davon, daß Herr Theodor Schmidt nicht einen bloßen Schimmer von den Organisationen der Arbeiterschaft hat. Wahrscheinlich hat er auch keine Kenntnis nur von den Scharfmacherblättern bezogen, die in blinder Wut gegen die Organisationen der Arbeiterschaft nur ungereimtes Zeug verzapfen. Würde er sich nur einmal der Mühe unterzogen haben, die Jahrbücher der Gewerkschaftsorganisationen durchzuschältern, so würde er das Unsinnige seiner Ausführungen sofort gemerkt haben.

Freilich wenn Leiter von Ziegelverkaufsstellen 70 000 RM Einkommen beziehen und dann noch 400 000 RM für persönliche Bedürfnisse aus der Kasse entnehmen, kann einer leicht auf den Gedanken kommen „Fettabschöpfen“ der Organisationsleiter kommen und dann glauben, daß auch die Leiter der Arbeiterorganisationen solche Summen, wie vorstehend, in ihre Taschen stecken. Aber nur ein oberflächliches Studium der Veröffentlichungen der Gewerkschaften würde ihn überzeugen haben, wie unsinnig seine Ausführungen sind.

Nur einen geringen Bruchteil dessen, was einzelne Leiter von Kartellen und Verkaufsvereinigungen an Einkommen haben, beziehen Organisationsleiter der Arbeiterschaft als Gehalt. Der größte Teil der Einnahmen aus Beiträgen fließt den Mitgliedern der Gewerkschaften in Form von irgendwelchen Unterstützungen wieder zu. Doch das alles wird aber Leute, wie Herr Theodor Schmidt, Sorau, nicht abhalten, auch in Zukunft ihre Verleumdungen gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen zu schleudern.

Daß aber ein ernst genommen sein wollendes Unternehmerschaftsblatt solch ungereimtes Zeug kommentarlos abdruckt, zeigt auch davon, daß in manchen Kreisen kein Mittel zu schlecht ist, den Arbeiterorganisationen eins auszuwickeln. Mit Bedauern drückt man sich selbst das blödsinnigste Zeug ab nach dem Motto: „Der Zweck heiligt die Mittel.“

Groß-Königsdorf bei Bln.

Necht eigenartige Zustände schmelzen in dem Betrieb der Firma Grob Peter & Lindemann & Co. Steinzeug- und Zementfabrik in Gr. Königsdorf zu herrschen. Seitdem die Organisation in diesem Betriebe Fuß gefaßt, scheint es mit der Ruhe des Direktors Bender und seines treuen Handlangers, des Betriebsleiters Sprenger zu Ende zu sein. Bei dem geringsten Vergehen haest es Strafen. Für den Versuch werden die betreffenden Arbeiter haftbar gemacht. Vor Kurzem hat man zwei Arbeiter, denen ein Arbeiterrichter beim Austragen des Ofens verunglückte, mit 450 RM bestraft. In dem Schreiben an die beiden Täter teilt die Firma mit, daß, weil keiner gesteht, wenn der Richter zu Bruch gegangen, beide für den Schaden haftbar sind. (Eine eigenartige Rechtsauffassung.) Zum Schluss befiehlt das Schreiben: Der Betrag wird Ihnen bei der nächsten Lohnzahlung in Abzug gebracht. Der Richter (die Firma meint wohl die Scherben?) geht damit in Ihren Besitz über und kann derselbe jederzeit abgeholt werden. Das Werk übernimmt ab heute für die Aufbewahrung derselben keine Haftung.

Beide haben die Scherben bezogen. Es bleibt wohl ein Rätsel, wie sie von beiden benutzt werden sollen, da einer in Verahelm und der andere in Bln. wohnt.

Die Leute müssen oft bei einer Temperatur von 60 bis 90 Grad die Ofen entleeren. Eine Pause gibt es nicht. Wohe dem, der es wagt, sich zu verschauen, sofort bekommt er allerhand Liebeswürdigkeiten an den Kopf geschleudert. Ganze Arbeit geht, trotzdem sie im Stundenlohn verrichtet werden muß, im Kaufschritt. Der Herr Betriebsleiter Sprenger, der von praktischer Arbeit wenig versteht, versucht, sich der Firma gegenüber durch sein raffiniertes Untertun nützlich zu machen. Dieser Herr ist überhaupt eine besondere Marke. Im angetrunkenen Zustande hat er sich den Gästen gegenüber geäußert, daß, wenn der schwebende Prozess weitergehen sollte, er den ganzen Arbeiterrat auf die Straße werfen wollte. Pause genug hat sich die Belegschaft die Grobheiten dieses Mannes horten lassen. Die Arbeiterschaft ist nur aus ländlicher Bevölkerung zusammengesetzt, und trotzdem ist es zu verwundern, daß sich der lang zurückgehaltene Groll nicht explosionsartig entladen hat. Die eigenen Worte des Herrn Sprenger bezeichnen seinen Charakter. Vor Kurzem sprach er im Vertrauen der Überzeugung, natürlich nicht weit von der Türe entfernt, folgende inhaltsreiche Worte:

Im Betriebe sind 130 Kommunisten (süchtbar Herr Sprenger), viele Bande kann nur mit der Narre im Schach gehalten werden.

Alfordlöhne werden von der Firma diktiert. Wer nicht auf seinen Stundenlohn kommt, ist ein Faulensler, und soll nur froh sein, daß man ihn noch buldet.

Die Firma legt den Betrieb am 1. Dezember 1930 wegen Arbeitsmangel still. Man flüchtet sich auch ins Ob, daß durch diese Währungsreform die junge Organisation zertrümmert werden soll.

Es ist angebracht, daß die Firma ihren Angestellten Anweisungen erteilt, wie man mit Meiden umzugehen hat, wenn ihr Ruf nicht ganz in Mitleid geraten soll. Die dort Beschäftigten haben durch ihren jahrelangen Fleiß die Firma zu dem gemacht, was sie heute ist, ein reiches Unternehmen.

Der Mohr hat keine Schuldigkeit getan, er kann gehen. — Für die Arbeiterschaft gilt aber das, was auch während ihrer Tätigkeit im Vertriebe Grundlag war: Die einzige Interessenvertretung ist und bleibt der Keramische Bund, Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes.

Dämmert es bei den Arbeitgebern?

Wenn bei Lohn- oder sonstigen Verhandlungen von seiten der Gewerkschaftsvertreter darauf hingewiesen wird, daß hohe Löhne am meisten zur Hebung der Gesamtwirtschaft beitragen und eine Kürzung nur ein weiteres Absinken der Wirtschaftslage zur Folge hat, so wird das von den Unternehmern bestritten.

In der Fachzeitschriften der Unternehmer wird dann den Gewerkschaftsvertretern wundlich Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen vorgeworfen. Aber man sagt, daß nur das Agitationsbedürfnis sie zu solchen Ausführungen verleite.

Daß aber manchmal auch bei den Unternehmern die Erkenntnis etwas durchdringt, zeigen Ausführungen, die in der „Konjunkturzeitung“ Nr. 69 vom 11. Dezember 1930 in der Rubrik „Vom Lage“ gemacht wurden.

In dieser Rubrik erfolgt meist eine Besprechung der Konjunktur- und Weltmarktverhältnisse, Preisbewegung und verschiedener anderer Dinge. So sind auch in obiger Nummer unter obiger Rubrik mit dem Untertitel: „Noch lange nicht über den Berg“ Ausführungen enthalten, die vermuten lassen müßten, daß auch bei den Unternehmern die Einsicht Platz greift, daß die Lohn- und Gehaltskürzungen zum weiteren Ruin der Wirtschaft beitragen.

Es wird dort bei Besprechung der Preisentzugsaktion folgendes gesagt:

„Andererseits beträgt der Ausfall an Arbeitseinkommen im Jahre 1930 4 Milliarden Reichsmark, der erst mal durch weiteren Preisabbau einigermaßen ausgeglichen werden muß, ehe an allgemein bessere Absatzmöglichkeiten gedacht werden kann.“

Die Forderungen von Arbeitnehmerseite, daß erst eine Preisherabsetzung erfolgen müsse, ehe an eine Lohnkürzung gedacht werden kann, erfahren durch die Ausführungen der „Konjunkturzeitung“ eine Stütze. Man kann daraus entnehmen, daß die Verminderung des Einkommens der Arbeitnehmer durch Lohnkürzungen ein weiteres Absinken unseres Wirtschaftslebens herbeigeführt hat. In weiteren Ausführungen wird auch bestätigt, daß durch Lohn- und Gehaltskürzungen keine Besserung erzielt werden kann. Der Bearbeiter der Rubrik schreibt noch folgendes:

„Die wachsende Arbeitslosigkeit, die fortwährenden Lohn- und Gehaltskürzungen, die Verminderung des Einkommens der Unternehmer und der Landwirtschaft werden eine weitere Verringerung der verfügbaren Aufträge bewirken.“

Wer nun aber glauben sollte, daß nun bei den Arbeitgebern die Einsicht einleuchte und daß jetzt mit dem Lohnabbau Schluss gemacht werden muß, wird eine große Enttäuschung erleben. Gerade bei den Arbeitgeberkreisen der Konjunktur-



Aus den Anfängen der proletarischen Frauenbewegung.

Noch nie haben es die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen leicht gehabt im Lebenskampf. Einen schweren und mühsamen Kampf mußten gerade die proletarischen Frauen um ihr Recht im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben führen. Es gibt darüber manche interessante Veröffentlichung. Die Probleme wurden auch interessant genug aufgezeigt, besonders durch August Bebel's Buch: Die Frau und der Sozialismus. Kürzlich kam auch ein wertvolles Buch über „Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus“ heraus, welches von Anna Bloss, (unter Mitwirkung von Adele Schreiber, Luise Schröder und Anna Geyer) herausgegeben wurde. Adelheid Kopp, unsere verdiente Wiener Vorkämpferin für Frauenrechte, hat jetzt ein Buch herausgebracht unter dem Titel: „Der Weg zur Höhe“. Sie schildert darin die Kämpfe und Leiden der Frauen in Oesterreich zu Beginn der Frauenbewegung. Ganz richtig stellt die Verfasserin an die Spitze ihrer Betrachtungen, daß die Frauen Leidtragende und Unterdrückte zu fast allen Zeiten der Menschheitsgeschichte waren. Ausgehend von den Kämpfen der Frauen z. B. der französischen Revolution schildert sie wie tapfer und mutig die Kämpfe geführt wurden, trotz Verfolgung, Mißachtung, Knechtung und anderer Schikanen ließen viele tapferere Frauen sich nicht von ihrem Kampfe um Gleichberechtigung und Anerkennung, also nicht zum großen Meer der Indifferenten abdrängen. Und besonders die organisierten Arbeiterinnen im alten Oesterreich ließen sich nicht niederzwingen. Dort wurde 1890 der erste „Arbeiterinnen-Bildungsverein“ gegründet, zum Zwecke der Verbreitung von Bildung und Wissen unter den Frauen. In Versammlungen und Zeitungsartikeln wurde auf die Lage der Arbeiterinnen aufmerksam gemacht und zum Zusammenstoß aufgefordert. 1892 wurde auch eine besondere „Arbeiterinnen-Zeitung“ geschaffen, während bis dahin die seit 1890 in Deutschland erscheinende „Gleichheit“ auch von den österreichischen Massengenosinnen bezogen wurde. Manche junge Arbeiterin und manche ältere oder sogar kränklige Arbeiterfrau kämpfte mit an der Spitze der Bewegung gegen das veraltete System, daß zwar die Frauen als Arbeiterinnen und Gebärenden für gerade gut genug hielt, sie im übrigen aber von allen Rechten im öffentlichen und politischen Leben ausschloß. Die Forderungen der Frauen gingen vornehmlich dahin: gleiches Wahlrecht und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Mehrfach streikten die Arbeiterinnen für ihre Forderungen um bessere Löhne und gerechte Behandlung. Fast immer hatten die Streiks ein gerichtliches Nachspiel wegen irgendwelcher Verstöße gegen die bestehende Ordnung. Oft wurden die Führerinnen zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt.

Das war in anderen Ländern natürlich meist ebenso. Viele solcher Fälle sind bekannt. Überall zeigte der profitgierige Kapitalismus das Bestreben, durch die Frauenerwerbsarbeit besondere Ausbeutungsmöglichkeiten zu eröffnen und zu erhalten. Ein Aufleben dagegen seitens der Arbeiterinnen suchte man mit allen Mitteln zu unterdrücken. Dabei finden wir dann auch in Deutschland mutige und klugbemerkte Arbeiterfrauen, fähig und jederzeit bereit für Frauenrechte zu kämpfen. Nachdem ein von bürgerlichen Frauen gegründeter Verein zur Fortbildung und geistigen Anregung der Arbeiterinnen nach etwa zweijährigem Bestehen im Jahre 1871 wieder einging, wurde 1872 in Berlin der „Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ gegründet. Energetische und zielbewusste Arbeiterinnen traten in den Vordergrund und übernahmen

die Leitung. Die Tätigkeit des Vereins war darauf gerichtet, Belehrung und Aufklärung unter den Arbeiterinnen zu verbreiten. Nach Abhaltung von Versammlungen auch in anderen Orten des Reiches breitete sich der Verein bald weiter aus. Über diese Erfolge waren nicht von allzulanger Dauer, denn das Auge des Gesetzes machte. Auf Grund des famosen § 8 des Vereinsgesetzes, welcher die Teilnahme der Frauen an politischen Vereinen untersagte, wurden die Leiterinnen strafrechtlich verfolgt, zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt, der Verein durch Gerichtsurteil aufgelöst, schließlich den Frauen das Koalitionsrecht verweigert. Einige Frauen wurden zu Gefängnis verurteilt, weil sie in den Versammlungen bzw. mit ihren Neben „Beleidigungen“ ausgeprochen hatten. Eine Führerin wurde mit ihrem Manne bei Inkrafttreten des Sozialistengesetzes aus Deutschland ausgewiesen. Man glaubte schon die Arbeiterinnenbewegung beseitigt. Doch wiederum und nicht ohne Erfolg wurde im Jahre 1881 der Versuch unternommen, Arbeiterinnenvereine zu gründen. Immer wieder fanden sich mutige Frauen bereit, erneut Arbeiterinnenversammlungen zu arrangieren, um gegen die Verbote und Argumente des Obrigkeitsstaates bezüglich seines Kampfes gegen die Frauenrechte anzukämpfen. In den Versammlungen wurden die erbärmlichen Löhne, die lange Arbeitszeit und die oft brutale Behandlung der Arbeiterinnen Gegenstand lebhafter Diskussionen. Eine große Aktion wurde z. B. schon eingeleitet, als unter Bismarck in der Zollgegebung auch das von England eingeführte Nähgarn bezollt werden sollte. Die weiblichen Beschäftigten, insbesondere die Hausarbeiterinnen der Konfektions- und Wäschebranche, die das Nähgarn selbst kaufen mußten, wehrten sich mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Verschlechterung. Oft haben die Arbeiterinnen gestreikt, um bessere Entlohnung zu erreichen und um gegen Unternehmervillkür gekämpft zu werden. Aber den Frauen wurde fast immer und beachtender Weise dabei bedeutend mehr Widerstand entgegengebracht wie den streikenden Männern, zudem waren die Frauen im Kampf weniger widerstandsfähig, weil ihre Organisationen immer schwach waren. Es war deshalb auch nur verständlich, daß die Gewerkschaften die Kämpfe der Frauen zu den ihrigen machten und später — auf Beschluß des ersten Gewerkschaftskongresses 1890 — die Arbeiterinnen in ihren Reihen aufnahmen. Seitdem sind die Frauen gleichwertige Mitglieder; sie haben nur hin und wieder gesonderte Veranstaltungen, die der Eigenart der Frauen entsprechend und speziell um Schulung und Aufklärung mehr zu fördern, getroffen werden müssen.

Wir haben nun die Aufgabe, aus den Anfängen der Arbeiterinnenbewegung und aus dem jahrzehntelangen Kampf um die Frauenrechte zu lernen, aber auch die Aufgabe, unsere Forderung auf Gleichberechtigung der Frauen überall da zu betonen, wo es angebracht und wichtig ist. Zu diesem Zweck aber müssen wir uns mit den Problemen beschäftigen; Ursachen und Beseitigung der Frauenerwerbsarbeit richtig zu begreifen und die sich daraus ergebenden Kampfmaßnahmen treffen zu können. Letztere werden in den einzelnen Wirtschaftszweigen oft sehr verschieden und wiederum auch verschieden schwierig sein. Aber um den Preis der besseren Lebensgestaltung der Massen der Arbeiterinnen muß auch der solidarische Wille wie bei unseren Vorkämpferinnen, muß Mut und Kampfbereitschaft, besonders aber auch die Kraft zu Agitation für unsere Bewegung vorhanden sein.

Anna Jammert.

ausläßt. Auch macht Schenken mindestens ebensoviel Freude wie beschenkt zu werden.

Bringt auch der Mutter gelegentlich Blumen ins Haus. Denkt aber daran, daß man anfangs auch Vasen mitbringen muß, wenn es Schnittblumen sind, und Vasen noch nicht im Haushalt vorhanden sind, sonst machen Blumen nicht immer Freude. Es brauchen nicht immer Blumen vom Gärtner zu sein, auch ein Feldblumenstrauß ist schön, die Mutter freut sich über das Gedanken immer mehr als über die Blumen selbst.

Es ist dies nur ein kleiner Teil des Familienlebens, von dem hier Beispiele angeführt wurden. Wenn ihr euch bemüht, im Familienkreis nach den anfangs genannten Begriffen das Leben zu gestalten, so werdet ihr zwar nicht die wirtschaftliche Not beheben, aber ihr nehmt dem Leben manche Vitternis, macht es erträglicher, und ihr könnt frischer und mit größerer Zuversicht auf Erfolg für die Besserung des Wirtschaftslebens eintreten.

W. Wittendorf.

Mann und Frau in der gegenwärtigen Kulturkrise.

Der Eintritt der Frau ins Erwerbsleben sah zunächst durchaus nicht nach Befreiung aus! Der Kampf nach Freiheit wurde besonders erschwert. Dazu kam, daß sie sich unter den männlichen Berufskollegen keineswegs Zuneigung erwerben konnte, denn viele sahen in den Frauen vor allem eine Schmutzkonkurrenz, die für billigeres Geld dieselbe Arbeit verrichtete. Noch heute spielt ja dieses Argument eine Rolle, es gibt heute noch Leute, die sagen, daß die Arbeitslosigkeit nur durch die Frauarbeit und die Doppelverdienerei herbeigeführt worden sei. Die Gewerkschaften dagegen haben immer das Recht der Frau auf Arbeit anerkannt.

Tatsache ist es heute, daß die Frau sich in vielen Erwerbszweigen durchgesetzt hat und nicht mehr rauszufegen ist. Die befürchtete Zerstörung des Familienlebens ist, wie schon Bebel vorausah, eingetreten. Man kann darüber weinen und klagen, aber es ist so. Wie sonst auch in der Geschichte gibt es hier kein Zurück, nur ein Vorwärts. Man kann nicht einen vergangenen Zustand wieder hervorzubringen, sondern muß auf Grund der neuen Verhältnisse neue Formen und Wege für das Zusammenleben der Geschlechter finden. Die Ansprachen über Sexualität, Familien, Kinder und Ehefragen haben erst in jüngster Zeit begonnen.

Drei Hauptfragen haben sich mit der Zeit herausgeschält: eines der wesentlichen Bindeglieder, durch die die Frau an Haus und Hof gebunden war, ist die Verkopplung von Sexualität und Mütterlichkeit und damit im Zusammenhang die Achtung der außerhäuslichen Mütterlichkeit einerseits und die Achtung des nicht der Fortpflanzung dienenden Geschlechtsverkehrs für die Frau auf der anderen Seite. Diese Schranken zwangen die Frau geradezu, eine Ehe einzugehen, wenn sie nicht an ihren natürlichen Trieben zugrunde gehen wollte. Der Mann dagegen hatte sich durch die „doppelte Moral“ ein Hintertürchen offen gelassen. Für die Frau galt es nun, sich von althergebrachten Ansichten freizumachen und sich eine neue Sexualmoral zu schaffen.

Dies konnte logischerweise nur geschehen durch Trennung von Sexualität und Fortpflanzungsaktion auch bei der Frau. Damit wurde auch die doppelte Moral überhaupt beseitigt und der Geschlechtsverkehr für die Frau freigegeben, so wie es bei dem Manne schon immer war. Zugegeben sein muß, daß gerade um diese neue Einstellung noch gerungen wird und daß die Frauen selbst noch zögern, diesen Schritt zu tun, was ja nicht zu verwundern ist, denn eine jahrhundertelange Beugung läßt sich nicht auf einmal beseitigen, der Sklave rückt sich noch lange Zeit auch in der Freiheit als Sklave. Ferner spielt die Frage Beruf und Mütterlichkeit eine Rolle. Die Mütterlichkeit als alleiniger Beruf der Frau ging im Frühkapitalismus verloren. Die Frau mußte des Erwerbes wegen einen Beruf ergreifen und ihn ausüben. Das ist wieder eine der unumstößlichen Tatsachen. In ihrer beruflichen Tätigkeit hat die Frau gerade ihre innere Möglichkeit auch zu anderen Gemeinschaften entdeckt, ihr Berufsgelübde und das Zugehörigkeitsgefühl zur Masse ist bei ihr ganz anders entwickelt worden als beim Manne; die Frau ist von Natur aus „gesellschaftlich“ verantwortlicher als der Mann.

Drittens hat sich die Mütterlichkeitsleistung ihrem Wesen nach verändert. Die Familie als Zweck und Ziel ging ja verloren und die verantwortliche Fortpflanzung wurde zur Menichheitsleistung. Aus diesem Grunde ändert sich auch die Stellung von Mann und Frau zum Kinde.

Wo steht nun der Mann? Zunächst fehlt ihm der Vorteil des Angriffs. Er muß gewissermaßen auf dem Rückzug kämpfen. Ohne Zweifel gibt er „Rechte“ auf, aber es ist wohl unter Sozialisten eine selbstverständliche Meinung, es sind ungerechte Rechte. Deshalb helfen ja auch wir sozialistischen Männer den Frauen im Befreiungskampfe, wir sind die Kampfgenossen der Frauen gegen Märdertum, gegen Reaktion, gegen Unterdrückung, für die Freiheit der Frau in jeder Beziehung und für ihre Gleichberechtigung!

Außer uns gibt es aber noch einige andere Typen. Die einen stehen der gekennzeichneten Entwicklung vollkommen abnungslos gegenüber, die anderen wissen zwar, daß etwas „vor sich geht“, sie können es nicht verhindern und schimpfen nur so drauf los. Sie leben in der Emanzipation der Frau ein Folge sozialistischer Verblendung, die neue Sexualmoral ist für sie die größte Sittenlosigkeit. Der Trost dieser Leute ist es, daß es einmal wieder anders wird, vielleicht im „Dritten Reich“.

Außerdem gibt es aber noch Männer, die nicht nur den Frauen beiseite zur Seite stehen, sondern die auch männlicherseits an sich selbst arbeiten wollen. Denn man muß sich klar darüber sein, daß die neue Frau auch einen neuen Mann fordert. Gehen wir in uns, wir werden vieles finden, was sich nicht mit der sozialistischen Weltanschauung im allgemeinen und mit unserer Anschauung in bezug auf Ehe, Frau und Familie vertragen kann. Der Angehörige zu neuer Lebens- und Gemeinschaftsgestaltung liegt in der Erkenntnis von der Gleichartigkeit von Mann und Frau, von der Gleichartigkeit des Erlebens sachlicher und sozialer Umwelt. Hier liegt die Quelle wirklichen gegenseitigen Verständnisses als Grundlage einer Gemeinschaft, die bei aller erdenklichen individuellen Verschiedenheit die neuen Menschheitskräfte weckt, die vielleicht dazu imstande sind, Mann und Frau aus der Kulturkrise der Gegenwart herauszuführen. Die Mütterlichkeit ist nicht mehr das Zentralerlebnis der Frau, mit dem Mann steht sie heute im sozialen Leben, sie schaffen gemeinsam menschenverbindende, zukunftsverbühende Werte. Diese gemeinsame Arbeit bewirkt eine wirtschaftlich stärker fühlbare Verantwortung für das gesunde Kind, sowohl des Mannes als der Frau. Im Leben des Mannes wird dann die Mütterlichkeit eine größere Rolle spielen als bisher. In diese Richtung zielt auch die geforderte Geburtenkontrolle. Alles läuft auf das Endziel hinaus: mehr Verantwortung der Gesellschaft gegenüber, der Nachwelt und der Menschheit überhaupt. Das Kind als Fortsetzung des eigenen Lebens der Eltern, als Mitglied der immerwährenden menschlichen Gesellschaft der Mittelpunkt der neuen Liebesgemeinschaft. W. Pitt, Berlin.

Macht der Mutter mehr Freude!

Ein neues Jahr hat begonnen, da werden von vielen gute Vorsätze gefaßt, vieles soll besser werden und manches unterbleiben, das bisher das Vorwärtkommen gebindert hat. Mancher junge Leser, der zu Ostern seine Lehrzeit beenden wird, macht täglich neue Pläne; was will er alles schaffen und bessern, wenn er nur erst Gehehlen verdient.

Die letzten Lehrjahre sind immer die Zeit, die man am schwersten empfindet. So vieles möchte man, und nur so wenig kann man erreichen. Bald fehlen die körperlichen Kräfte, bald das geistige Können, bald fehlt zu einer Festlichkeit der neue Anzug, weil man aus dem alten längst herausgewachsen ist. Die Enge der Wohnung — vielleicht hat man nicht einmal ein eigenes Bett — drückt auf das Gemüt; dann werden Geschwister und Eltern lieblos behandelt, über kleine Versehen wird geschimpft. Besonders geschieht dies, wenn mehrere Geschwister im Hause und die Verhältnisse recht beschränkt sind.

Die Not, die durch die heutige kapitalistische Wirtschaft bedingt ist, läßt sich nicht mit einem Schläge beseitigen, nur in langsame, stetige Arbeit kann Besserung kommen. Ihr Jüngling seid die Träger der kommenden Zeit! An euch liegt es, wie sie sich gestalten wird. Daß ihr im wirtschaftlichen Kampf einst euren Mann stehen werdet, wird nicht bezweifelt, aber es gilt mehr. Es gilt ein ganzer Mensch zu werden!

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Solidarität, Klassenbewußtsein, dies alles sind Begriffe, von denen ihr täglich hört und lest, und die als Richtlinien für das ganze Leben gelten sollen. Bevor aber geprüft werden soll, wie diese Begriffe zum Familienleben stehen, soll kurz eine Erklärung dafür versucht werden.

Freiheit bedeutet frei sein vom lästigen Zwang, aber nicht Zügellosigkeit; Unterordnung unter Erfahrung, Mehrwissen und Besserwissen findet auch in der Freiheit statt.

Gleichheit besagt doch nur, daß jedermann vor dem Gesetz gleich sein und niemand am wirtschaftlichen oder geistigen Aufstiege gehindert werden soll. Gleiche Leistungen werden nicht verlangt, da von Natur die Menschen an Körper und Geist verschieden sind. Jeder soll mit seinen Gaben voll und ganz der Allgemeinheit dienen. Höhere Leistungen und größere Verantwortung werden auch höher entlohnt, so trägt z. B. ein Minister oder der Vorsitzende einer großen Gewerkschaft weit größere Verantwortung als der Wächter eines Betriebes oder der Kassierer einer örtlichen Verbandsstelle.

Brüderlichkeit heißt doch den Mitmenschen brüderlich lieben, zu seinen Gunsten an den Unmöglichkeiten des Lebens verzichten, die ich nur auf seine Kosten, zu seinem Nachteil haben könnte. Heißt es nicht auch sich selbst einfühlend, um die Gemütsregungen des Nächsten zu verstehen?

Solidarität heißt wörtlich Gesamtanerkennung; jeder soll sich für die Leistungen, Takte und Schuld jedes einzelnen mitverantwortlich fühlen.

Klassenbewußt nennt man solche Menschen, die ihren Stand im Volksganzen erkannt haben, weder kriechen, noch sich erheben fühlen, aber sich auch ganz ihres Wertes bewußt sind.

Jedenfalls wird mancher zugeben müssen, es ist oben auch schon angedeutet, daß oft im engen Familienkreis nicht so leicht und gehärdet wird, wie es sein müßte. Besonders der Mutter gegenüber wird gar zu leicht aus Nachlässigkeit nicht recht, manchmal sogar lieblos gehandelt. In der Regel wird der Mutter Arbeit nicht richtig, zuweilen überhaupt nicht ge-

würdigt. Der meistens nur für die allernotwendigsten Bedürfnisse ausreichende Lohn wird der Mutter in die Hand gegeben, alles und jedes soll davon bestritten werden. Wenigstens darf sie nur Ausgaben machen, damit für die ganze Woche Lebensmittel vorhanden sind; wenigstens muß sie die Summen zusammensparen, die für Kleidung nötig sind. Wie schwer ist es, gerecht abzuwägen, ob zuerst der Vater ein Gemd, der Junge eine Hofe oder die Tochter ein Kleid braucht; die Mutter selbst geht meistens leer aus. Wie oft fühlt sich der Jugendliche zurückgesetzt, obwohl Mutterliebe alles gibt, was sie geben kann und nicht an sich denkt.

Kleine Familienkassen machen der Mutter meistens mehr Sorgen als Freuden; denn stets sind damit größere Ausgaben und eine Mehrleistung an Arbeit verbunden. Die wenig Verständnis findet gerade diese Mehrarbeit bei den heranwachsenden Kindern und leider auch manchmal beim Vater. Wie leicht ist es aber hier, der Mutter Erleichterung zu schaffen, wenn jeder ein klein wenig mithilft. Es macht wirklich für einen jungen Mann nichts aus, wenn er Lebensmittel einkauft, um der Mutter eine Arbeit abzunehmen.

Dem Mann und auch der berufstätigen Frau sind, im Verhältnis zur Vorkriegszeit, durch den Wochentag mancherlei Erleichterungen zuteil geworden. Auch die Jugend hat es besser, die Schulzeit ist in die Arbeitszeit verlegt worden, der Sonntag ist frei. Nur die im Haushalt tätige Mutter plagt sich noch genau so schwer wie vor zwanzig Jahren.

Sollen Mann und Frau gleichberechtigt sein, wie es die Reichsverfassung vorsieht, dann kann es auch keine Schande für den Mann sein, wenn er Arbeiten verrichtet, die bisher vorwiegend von Frauen gemacht wurden. Es genügt darum auch von geistiger Armut und Rückständigkeit, wenn ein Junge sich gegenseitig aufziehen, weil dieser oder jener seiner Mutter Arbeit abnahm. Arbeit, ganz gleich welcher Art, die getan wurde, um einer Mutter Freude zu machen, schändet nie, sie abelt das Gemüt.

Freude machen! Wer das kann, der hat im Leben gewonnen. Macht der Mutter Freude, daß ihr Gesicht fröhlich leuchtet und jugendlicher wirkt. Denkt auch daran, daß sie euch das Leben gab und euch stets mit sorgender Liebe umgeben hat. Dant der Mutter diese fürsorgende Liebe, die ihr so unendlich viel Zeit kostet, mit Freude machen.

Mancher wird fragen, wie das zu machen sei. Fürs erste schafft der Mutter Zeit, daß sie teilhaben kann am Leben außerhalb der Wohnung. Zum andern laßt sie an diesem Leben teilhaben. Vieles gehört dazu, aber auch manches ist ohne große Kosten erreichbar. Nicht immer muß die Mutter die erste sein, die aufsteht und die letzte die schlafen geht. Erwachsene Kinder können auch allein aufstehen und sich ihr Brot strecken, das sie mit zur Arbeit nehmen müssen. Auch bei der Instandhaltung der Kleider und bei der Wäsche kann der Mutter manche Arbeit erspart oder abgenommen werden. Der Wille zu helfen, ihr eine Freude zu machen, findet tausend Gelegenheiten. Haben wir so der Mutter durch Arbeitsabnahme etwas Freizeit geschaffen, dann nimmt sie auch Anteil an dem Leben und sich her.

Die Mutter braucht auch Kleidung; es macht ihr aber viel mehr Freude, wenn sie diese von den Kindern und dem Vater geschenkt bekommt, als wenn sie sich selber kaufen muß. An Mitteln wird in beiden Fällen gleich viel ausgegeben, aber die Anteilnahme der Kinder und des Mannes ist es, die die Freude

